

Aus dem Inhalt:
Dachau
Propaganda als Waffe
Vorgeschichte der Priesterprozesse
Hitlers Zwing-Uri

Das Dritte Reich provoziert

Neue Gefährdung des Weltfriedens durch den Faschismus

1. Der Viererpakt der Kontrollmächte

Das Dritte Reich hat der Welt einen neuen und niederschmetternden Beweis geliefert, daß es sich niemals grundsätzlich für eine Politik des Friedens entscheiden wird. Wenn die Zeichen für brutale Gewaltanwendung günstig zu sein scheinen, vergessen die Diktatoren alles, was sie soeben erklärt haben und schlagen mit dem Säbel auf den Verhandlungstisch. Sie sind eine dauernde Bedrohung des Friedens.

Die deutsche Regierung droht, gegen das republikanische Spanien auf eigene Faust vorzugehen. So wie die Deutschen und die Italiener Franco bei der Eroberung von Bilbao geholfen und damit den demokratischen Westmächten ihre Verachtung des Rechts ins Gesicht geworfen haben, so will jetzt Hitler unter offenem Hohn auf die sogenannte Nichtinterventionspolitik das republikanische Spanien erwürgen. Zu diesem Zweck ist seine Flotte im Mittelmeer — und er droht, daß sie wieder schließen werde.

Seit der barbarischen Tat von Almeria haben sich im rasenden Tempo eine Reihe von wichtigen Ereignissen abgepielt, die Zeugnis für die unvermindert gefährliche Hochspannung in Europa ablegen. England und Frankreich haben nach der Beschießung von Almeria durch deutsche Kriegsschiffe mit Deutschland und Italien einen Pakt der Kontrollmächte abgeschlossen, der das offene Zerbrechen der Nichtinterventionspolitik verhindern sollte. Dieses Übereinkommen stellt eine Verwirklichung der Viererpaktidee dar — angewandt auf das im Augenblick brennendste Problem Europas. Es drängt die anderen Nichtinterventionsabkommen in den Hintergrund. Der Rückzug der demokratischen Westmächte ist sehr weit gegangen: zunächst aus dem Völkerbundsrat in den Nichtinterventionsausschuß, dann aus dem Nichtinterventionsausschuß in die Botschafterkonferenz der Viererpaktmächte. Die gefährliche Tendenz, die diesem Rückzug innewohnt, ist gekennzeichnet durch eine Protestnote der Sowjetunion an den Vorsitzenden des Nichtinterventionsausschusses. Diese Note verweist darauf, daß die vier Mächte keinerlei Mandat zum Abschluß dieses Paktes gehabt haben, daß dies Vorgehen völlig ungerechtfertigt sei, da die Kontrolle nicht auf die vier Mächte beschränkt sei. Sie nennt diesen Pakt einen Bruch der Regeln des Nichtinterventionsausschusses, der die Existenz dieses Ausschusses gefährden könne, und sie lehnt jede Verantwortung für den Pakt und seine praktischen Wirkungen ab.

Gerade um dieser gefährlichen Tendenzen willen ist die Achse Berlin-Rom auf diesen Pakt eingegangen. Sie hat darin eine Handhabe erblickt, um die Sowjetunion zunächst in der spanischen Frage, dann weiter in den europäischen Fragen überhaupt zu isolieren. Sie hat diesen Pakt als eine moralische Isolierung des republikanischen Spanien ausgedeutet und ausgebeutet. Sie hat auf die verderblichen Rückwirkungen dieses Viererpaktes auf den inneren Zusammenhalt der Völkerbundsmächte gerechnet. Sie hat vor allem die Möglichkeit erkannt, diesen Pakt zu Aktionen gegen das republikanische Spanien zu mißbrauchen.

Die englische und die französische Re-

Sozialdemokraten im Zuchthaus

Die Terrorjustiz im Dritten Reich — Tod im Kerker

Ueber Verurteilungen von Sozialdemokraten durch Gerichte des Dritten Reichs, die in den letzten Monaten erfolgt sind, geben die »Deutschland-Berichte« der Sozialdemokratischen Partei folgenden zusammenfassenden Bericht:

Im April 1935 war der Kellner Josef Lampersberger aus der Tschechoslowakei nach Deutschland verschleppt, nach mehreren Monaten auf Grund einer tschechoslowakischen Intervention jedoch freigelassen worden. Sein Münchner Freundeskreis wurde verhaftet und zunächst fünfviertel Jahre lang in Untersuchungshaft gehalten. Ende Juli 1936 wurde die erste Gruppe von 31 Angeklagten in München vor Gericht gestellt. Es wurden Zuchthausstrafen und Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren verhängt. Das Verfahren gegen den Hauptangeklagten Faltner, München, und gegen zwei weitere Angeklagte wurde damals abgetrennt. Erst nach abermals neun Monaten, also nach mehr als zweijähriger Untersuchungshaft, wurde gegen diese Gruppe vor dem Berliner Volksgerichtshof verhandelt. Zu der Verhandlung wurden aus München 30 Zeugen gebracht, die 14 Tage in einem Viehwagen auf dem Transport waren. Die meisten von ihnen kamen aus dem Konzentrationslager Dachau. Faltner, der sich während seiner ganzen Haft und auch im Prozeß der ersten Gruppe sehr vorbildlich benommen hatte, wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte Todesstrafe beantragt. Der Mitangeklagte Faltners, Josef Feuerer, wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, ein anderer Angeklagter, Alois Weber, verstarb auf dem Transport nach Berlin in Halle a. Saale an Herzschlag. Er konnte die Strapazen der langen Fahrt nicht aushalten. Die Be-

handlung durch die Aufsichtsorgane war sehr brutal.

Die Frau von Franz Faltner befindet sich noch im Frauenkonzentrationslager Moringen. Seine beiden Kinder sind in Fürsorgeerziehung.

In Karlsruhe wurden drei Sozialdemokraten vor dem Zweiten Senat des Volksgerichtshofs wegen seines hochverräterischen Unternehmens zu zehn, acht und fünf Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt.

In einem Prozeß gegen 17 Kommunisten und Sozialdemokraten vor dem Landgericht Stuttgart, bei dem insgesamt 28 Jahre Zuchthaus und acht Jahre Gefängnis verhängt wurden, erhielt der Sozialdemokrat Eugen Wick, früherer Unterbezirksleiter der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, sein Bruder Emil 9 Monate Gefängnis, ein weiteres Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, Erwin Ackermann, ebenfalls 9 Monate. Sie waren seit Ende 1934 in Untersuchungshaft.

In Hamburg wurden folgende Sozialdemokraten aus Nord-Barmbeck verurteilt: Hansen zu 4 Jahren, Oettinger zu 3 Jahren, Schumann zu 2 Jahren 9 Monaten, Wiese zu 2 Jahren, Lübsted zu 2 Jahren Zuchthaus, Spangenberg erhielt 1½ Jahre Gefängnis.

Vor dem Hanseatischen Sondergericht wurde der Sozialdemokrat Johann Schröder wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten und zu 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Volksgerichtshof in Berlin verurteilte die Berliner Sozialdemokraten Alfred Nowak zu 5 Jahren Zuchthaus und Bauernschäffer zu 4 Jahren Zuchthaus.

Im Frühjahr fand ein Massenprozeß gegen

eine Reihe früherer sozialdemokratischer Funktionäre statt, von denen bereits im Herbst vorigen Jahres 150 in Halle verhaftet worden waren. Unter den damals Verhafteten befand sich der frühere Volksblattredakteur Wielepp, ein Mann von nahezu 70 Jahren, sein Kollege Kasperek, gleichfalls über 60 Jahre alt und der frühere Leiter der sozialdemokratischen Studentengruppe Wolf. Der fünfte Senat des Kammergerichts, der in Halle zusammengetreten war, verurteilte alle führenden Angeklagten zu Zuchthausstrafen von durchschnittlich 3 Jahren wegen angeblicher illegaler Fortführung der Sozialdemokratischen Partei.

In Breslau wurden 21 Sozialdemokraten, SAP-Leute und Kommunisten abgeurteilt. 9 Sozialdemokraten erhielten Strafen von 6 Monaten Gefängnis bis zu 3 Jahren Zuchthaus.

Unter den eingekerkerten Sozialdemokraten haben sich in der letzten Zeit folgende Todesfälle ereignet:

Ebling-Dresden, im Zuchthaus Waldheim erhängt.

Karl Rüfer-Hamburg, in der Zelle erhängt.

August Erder, im Gefängnis in Landau gestorben.

Valentin Schmetzer-Frankfurt a. M., im Zuchthaus gestorben.

Landgerichtsrat Dr. Hirschberg-Berlin, im Zuchthaus Braunschweig plötzlich gestorben.

In Chemnitz-Hilbersdorf vergiftete die Frau eines Sozialdemokraten, der zum zweiten Mal verhaftet und ins Konzentrationslager geschafft worden war, sich und ihr dreijähriges Töchterchen mit Gas. Der 13-jährige Sohn blieb am Leben.

gierung haben diesen Pakt mit anderen Absichten geschlossen. Die englische Regierung, die dabei führend gewesen ist, hat mit diesem Pakt neue brutale Aktionen ausschließen, sie hat vor allem die Weiterberatung der Zurückziehung der deutschen und italienischen Truppen aus Spanien im Nichtinterventionsausschuß sichern wollen. Sie hat den eifrigen, aber wenig fundierten Einflüsterungen Glauben geschenkt, daß das Dritte Reich sich aus Spanien zurückziehen wolle. Sie hat die spanische Frage der allgemeinen europäischen Frage unterordnen wollen, weil sie geglaubt hat, daß das Dritte Reich bereit sei, eine Versöhnungspolitik einzuschlagen. Die Gestaltung des Kräfteverhältnisses in Europa nach der englischen Aufrüstung, sowie die wirtschaftlichen und rüstungspolitischen Schwierigkeiten in Deutschland schienen objektiv diese Auffassung zu stützen. Deshalb hat die englische Regierung dem Abschluß dieses Viererpaktes der Kontrollmächte unverzüglich eine Einladung an den deutschen Reichsaußenminister Neurath nach London folgen lassen. Dort sollte ein deutsch-englisches Gespräch in Gang gebracht werden, das alle europäischen Fragen berühren sollte.

2. Die Hoffnungen der Westmächte

Ueber die Hoffnungen, die die Westmächte mit dieser Politik verknüpften,

schrrieb unser Mitarbeiter Dr. Richard Kern noch vor dem Bekanntwerden der neuen deutschen Provokationen:

Die Einladung des deutschen Außenministers nach London soll das deutsch-englische Gespräch in Gang bringen. Spanien, die Erneuerung des Locarnopaktes, die europäische Friedenssicherung, der Völkerbund und die wirtschaftliche Zusammenarbeit sollen seinen Gegenstand bilden. Dem Teil der englischen Öffentlichkeit, der noch immer an die Sicherung des Friedens durch freundliche Gespräche glaubt, und namentlich dem Empire, muß bewiesen werden, daß die englische Regierung ihre Friedenspflicht erfüllt. Sie sieht sich dazu um so mehr veranlaßt, als die Empire-Konferenz in ihrem Schlußkommuniqué zwar nochmals die Treue Englands und der Dominien zur Völkerbundspolitik hervorhob, aber zugleich die Loslösung des Völkerbundes von den Friedensverträgen empfohlen hat. Es ist die deutsche Forderung, durch deren Erfüllung man den Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund zu erreichen hofft. Freilich bleibt es unklar, was sie bedeuten soll. Denn von den Bestimmungen der Friedensverträge sind ja heute nur noch die territorialen in Kraft. Hitlers und Mussolinis Ziel ist es allerdings, den Völkerbund auch als Instrument der Sicherung gegen eine gewaltsame Aenderung der Grenzen auszuschalten, und eben deshalb verlangen sie die Beseitigung von Artikel 16 des Paktes, der die gemeinsame Abwehr gegen den Angreifer statuiert. England aber

hat seine gewaltige Aufrüstung unternommen und sein Bündnis mit Frankreich so eng gestaltet, gerade um kriegerische Verwicklungen verhindern zu können. Wenn England von der Loslösung des Völkerbundes von den Friedensverträgen spricht, meint es etwas ganz anderes, und gerade das Entgegengesetzte von dem, was die deutsche und die italienische Diktatur meinen. Es ist bereit, deutsches Prestigebedürfnis zu befriedigen, aber keineswegs Deutschland freie Hand zu kriegerischen Unternehmungen zu lassen. Es ist dieser Gegensatz, um den sich das Londoner Gespräch im letzten Grunde drehen soll.

Daß trotz des unüberbrückbar scheinenden Gegensatzes im Ausgangspunkt die englische Regierung den neuen Versuch unternimmt, entspringt aber nicht nur der Rücksicht, die sie auf das Empire nimmt, sondern auch der objektiven Situation. Der »Temps« vom 20. Juni schildert das folgendermaßen:

»Der Lauf der Dinge in Spanien hat den beiden Diktaturen einige Enttäuschung bereitet. Die Erfahrung auf dem spanischen Boden hat bewiesen, daß der moderne Krieg trotz der Wirkungskraft der aufgewandten Kriegsmittel notwendigerweise von langer Dauer ist. Denn die neuen Waffen begünstigen die Defensive nicht minder als die Offensive. Diese Lehre mußte Deutschland zögern lassen, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Infolge seiner geographischen Lage und seiner ökonomischen und finanziellen Situation konnte es vernünftigerweise keinen Krieg von langer Dauer ins Auge fassen. Zugleich war Berlin überrascht

durch die militärische Kraftanstrengung Frankreichs und die finanzielle, die England aufbrachte, um seiner Wiederaufrüstung ihre ganze Größe zu geben.

Von da an wurden die ersten Symptome einer Entspannung fühlbar. Die Vermutung wäre vielleicht zu kühn, daß die Leiter des Dritten Reiches definitiv und unter allen Umständen auf eine Gewaltlösung der europäischen Probleme verzichtet haben; aber man kann zugeben, daß sie im Augenblick auf die Absicht verzichten, systematisch einen Konflikt zu provozieren, und zumindest die Notwendigkeit einsehen, Zeit zu gewinnen und sich für die Zukunft vorzubereiten. Ein neuer Versuch mit der Politik der Zusammenarbeit scheint sich ihnen gerade im Interesse der normalen Weiterentwicklung der deutschen Macht aufzudrängen. Diese Entwicklung kann für die Zukunft Europas vielleicht entscheidend sein, denn die Zeit arbeitet jetzt zugunsten der Konsolidierung des Friedens. Wenn der Krieg schon am Ende des letzten Jahres für die, die versucht sein mochten, ihn zu unternehmen, zu riskant schien, so werden seine Wunden in zwei oder drei Jahren noch viel größer sein, sobald England seine Wiederaufrüstung vollendet und die französische Militärmacht ganz auf die Höhe gebracht ist. Der Besuch Neuraths in London kann also zum Ausgangspunkt für eine neue Aktion in Europa werden. Er beweist jedenfalls, daß Deutschland noch nicht definitiv zwischen Friede und Krieg gewählt hat, und daß im Augenblick alles zu einer Zusammenarbeit mit den Westmächten drängt, zunächst um das spanische Abenteuer zu liquidieren, dann um die Situation im Westen zu stabilisieren in der Hoffnung, sich damit eine gewisse Bewegungsfreiheit in übrigen Europa vorzubehalten.

Man sieht, der »Temps« erkennt die Situation, ohne sich über die Natur der deutschen Politik viel Illusionen hinzugeben. Das Entscheidende bleibt, wie England sich gerade zur Frage der Bewegung, soll heißen Angriffsfreiheit Deutschlands im Osten verhalten wird. Denn gerade die Unentschlossenheit Englands, in Zentral- und Südosteuropa die notwendigen Verpflichtungen zur Friedenssicherung gegen die Diktaturmächte auf sich zu nehmen, bedeutet ja die europäische Unsicherheit. Wie Englands Sprache also lauten müßte, ist ganz klar. Sie wird von dem »Economist« folgendermaßen umschrieben:

»Wir glauben, daß in den nächsten Wochen für den Frieden und die Wohlfahrt Europas viel geleistet werden kann; dazu bedarf es nur eines Entschlossenen Deutschlands auf aggressive Taktik zu verzichten und die Notwendigkeit bestimmter Garantien für diesen Verzicht anzuerkennen. Das gäbe die Möglichkeit vereinter ökonomischer Expansion, die das Vertrauen wieder herstellte, das durch die Furcht vor gewalttätiger politischer Expansion zerstört wurde. Daß Deutschland zuerst durch eine solche allgemeine Befriedung seine Prosperität erlangen würde, liegt auf der Hand. Dafür muß es natürlich einen vernünftigen Preis zahlen, indem es auf die wahnwitzige Autarkie und einseitige Gewaltpolitik verzichtet. Ist Deutschland nicht bereit, diesen Preis zu zahlen, so wäre es eine verbrecherische und feige Verantwortungslosigkeit der britischen Regierung, Herrn von Neurath zu erlauben, mit der Idee nach Hause zurückzukehren, daß Deutschland, so lange es nur die Westgrenzen respektiert, soweit England in Betracht kommt, mit Polen, Litauen, Oesterreich und der Tschechoslowakei nach Belieben verfahren könne. Eine solche unerhörte Verantwortungslosigkeit der britischen Außenpolitik würde England teurer zu stehen kommen als jede andere mögliche Politik.«

Aber nicht nur das einflussreiche liberale Wirtschaftsorgan, auch die »Morning Post«, das Blatt der Rechtskonservativen, vertritt im Grunde genommen einen ähnlichen Standpunkt. Es wendet sich gegen die alte Lieblingsidee Mussolinis, die jetzt auch von Berlin aufgegriffen wurde, gegen den Viermächte-Pakt, der Rußland von der Mitwirkung in Europa ausschließen würde, und meint:

»Ein Viermächte-Pakt, der in Deutschland den Eindruck erweckte, als könnte es in Mittel- und Osteuropa unbehindert vorgehen, und der den britischen Einfluß auf dem Kontinent schwächen würde, wäre für den Frieden vernichtend.«

Das Londoner Gespräch hat also in letzter Linie das Problem zum Gegenstand, ob die finanziellen und ökonomischen Schwierigkeiten der Diktaturstaaten, sowie das große Risiko der Fortsetzung ihrer aggressiven Politik bereits so bedeutend geworden sind, um sie zu einem Zurückweichen zu zwingen.

Wenn das deutsch-englische Gespräch zu einem Ergebnis hätte führen sollen, so hätte die Politik des Dritten Reiches zumindestens auf längere Zeit eindeutig definiert werden müssen. Das Dritte Reich hat sich dem entzogen, indem es das Zustandekommen des Gesprächs verhindert hat. Herr von Neurath geht nicht nach Lon-

Braune Korruption

Schwere Mißwirtschaft in Dresden.
Der Dresdner Oberbürgermeister Zörner hat Selbstmord begangen. In Dresden erhält sich hartnäckig das Gerücht, er sei auf Befehl Hitlers erschossen worden. Zörner war ein korruptes Subjekt. Als Kaufmann in Braunschweig hatte er Bankrott gemacht unter besonders faulen Umständen. Nach dem Bankrott wurde er Sekretär der NSDAP in Braunschweig. Im Jahre 1930 wurde er Landtagspräsident in Braunschweig. Er zeichnete sich sofort durch knotige Rüpelhaftigkeit und Parteilichkeit aus. Er bereicherte sich schamlos und ganz öffentlich — namentlich nachdem er zum Braunschweiger Oberbürgermeister avanciert war. Er war ein alter nationalsozialistischer Großwürdenträger.

Auch der Hauptkassier der Gartenschau in Dresden hat Selbstmord begangen.

In der Stadtkasse ist ein Defizit von drei Millionen Mark aufgedeckt worden.

Bisher sind 17 Verhaftungen erfolgt. Es wird geflüstert, daß auch Mutschmann seiner Funktion als Iuleiter entthoben worden sei.

Hitlers Zwing-Uri

Die Bauten am Obersalzberg.

Aus der südöstlichen Ecke Bayerns, wo Adolf Hitler seinen Sommersitz aufgeschlagen hat, wissen die »Deutschland-Berichte« der Sozialdemokratischen Partei Interessantes zu erzählen:

»In der letzten Zeit herrscht im Volke besondere Erbitterung über die Großbauten am Obersalzberg. Mit dem Kauf

der kleineren Villa hat es begonnen, dann kamen die Garagen dazu, dann ein Anbau usw. usw. und heute gräbt »der einfache Arbeiter seines Volkes«, Adolf Hitler, mit einer Belegschaft von 4000 Mann den ganzen Berg um und richtet sich ein wie ein römisches Caesars. Alte herrliche Bauernhöfe werden niedergerissen, der Grund wird zwangsenteignet. In einem Hofe z. B. lebte eine alte Bäuerin, deren Vorfahren 200 Jahre auf diesem Besitz saßen. Sie wurde gegen Entschädigung zwangenteignet, weil sie sich weigerte, von ihrem Besitz zu gehen. Der alten Frau ist das so nahe gegangen, daß sie den Verstand verlor und heute in einem Irrenhaus untergebracht ist. In der Bevölkerung werden solche Vorfälle eifrig kolportiert und tragen viel dazu bei, daß auch Hitler seinen Glorienschein bei uns verliert.

Die Großbauten, die am Obersalzberg errichtet werden, sollen viele Millionen kosten. Für die Wachmannschaft wird eine eigene Kaserne gebaut. Die Wache hat die SS-Standarte Deutschland in München übernommen. Z. Zt. ist die Wachmannschaft eine Kompanie stark. Jeden Monat wird sie ausgewechselt und kommt von München eine neue Abteilung.

Was aber in unserem Bezirk die Stimmung gegen die Nazis besonders verschärft, ist die Anwesenheit aller hohen Parteifunktionäre. Die Bevölkerung bei uns kann das Leben und die Taten der Parteiführer aus nächster Nähe beobachten. Man sollte glauben, daß die Anwesenheit Hitlers und seiner Trabanten im Volke besonders begrüßt würde. Nichts davon trifft zu. Hitler wird wohl im ganzen Reich kaum einer solchen Ab-

lehnung im Volke begegnen wie hier im Rupertigau, wo er seine Hochburg aufbaut. Hier kann das Volk die Großmannsucht der Nazibonzen in ihrer schönsten Entfaltung bewundern. Hier zeigen sich die Herren Deutschlands, wie sie wirklich sind, Rücksichtsloses Vorgehen gegen die Einheimischen, wüste Herrenmanieren und Größenwahn, das kann jeder sehen, der hier lebt.«

Verhaftungen

Pfarrer Niemöller, der Führer des oppositionellen Protestantismus, sowie drei andere führende Mitglieder der Bekenntniskirche, sind verhaftet worden.

Gegen den Bekenntnispfarrer Jacobi, der ebenfalls verhaftet ist, erhebt die Gestapo kriminelle Anschuldigungen. Die Methode solcher Anschuldigungen ist so hinlänglich bekannt, daß kein Mensch ihnen Glauben schenkt.

Brauner Terror in USA

Das Buch von Erich Remarque »Der Weg zurück« wird in Amerika verfilmt. Der deutsche Konsul in Los Angeles, Georg Geyßling, hat zwölf an diesem Film beteiligten Schauspielern Briefe gesandt, in denen er ihnen mit dem Boykott in Deutschland droht. Jeder Film, in dem sie künftig auftreten würden, so schrieb er ihnen, würde in Deutschland verboten werden, falls sie an Filmen teilnehmen, die der deutschen Regierung mißlieblich sind.

Das amerikanische Staatsdepartement hat eine Untersuchung über dieses Erpressungsmanöver angeordnet.

don — und den Vorwand dazu liefert eine neue dreiste Provokation der deutschen Gewaltpolitik.

3. Neue Provokationen

Die Gewalthaber des Dritten Reiches glauben, daß Frankreich, Sowjetrußland und seine Verbündeten im Augenblick aktionsunfähig sind. Dieser Glaube stützt sich auf den Rücktritt der Regierung Blum in Frankreich und auf die Abschlagung der Köpfe des russischen Generalstabs durch die Stalindiktatur. Man scheint im Dritten Reich geglaubt zu haben, daß bei einem Sturze der Volksfrontregierung in Frankreich das Chaos folgen würde — ganz im Stile jener Lügen, die die Göbbelspropaganda im Januar 1937 in der Marokkokrise verbreitete. Damals meldete das Deutsche Nachrichtenbüro, in Südfrankreich sei eine Sowjetrepublik ausgerufen worden. Es ist bezeichnend für die putschistische Mentalität der Diktatoren, daß sie in einem parlamentarischen Regierungswechsel nur den Anlaß sehen, um ein Chaos zu schaffen. Was mag sich Hitler vom Rücktritt der Regierung Blum versprochen haben? Was er sich von den russischen Vorgängen verspricht, hat die dirigierte Presse des Göbbels offen zu erkennen gegeben. Daß diese Vorgänge vom Dritten Reich zu neuer provokatorischer Aktivität benutzt werden, ist übrigens eine direkte Widerlegung der Anklage Stalins und Woroschilows gegen die erschossenen Generale: denn als diese angeblichen Verräter noch am Leben waren, hätte ein provokatorischer Angriff größere Chancen gehabt — wenn sie eben Verräter gewesen wären. Diese russischen Vorgänge haben bewirkt, daß überall weiße russische Emigranten sich schon fertig machten, nach Rußland zu gehen, weil sie die Zeit für ihre Zwecke gekommen glaubten. Ebenso wie sie hat Hitler seine Zeit für gekommen gehalten. Er ist schleunigst von Berchtesgaden nach Berlin geeilt, weil er »den Tag« nahe glaubte. Er hat damit gezeigt, daß sein Friedenswille darin besteht, daß er losschlagen will, sobald eine günstige Konstellation da ist.

Aus dieser Einschätzung der Lage sind drei Aktionen des Dritten Reiches entsprungen: Wiederaufnahme der Hetze und der Drohungen gegen die Tschechoslowakei, neue brutale Gewaltdrohung gegen das republikanische Spanien, Brückierung Englands durch die Absage des Besuchs von Neurath.

Die Hetze gegen die Tschechoslowakei geht von dem Fall des Nationalsozialisten Bruno Weigel aus, der angeblich in der Polizeihaft in Prag mißhandelt worden sein soll. Mit amoralischer zynischer Schamlosigkeit wirft das Dritte Reich einem demokratischen Lande vor, wessen es selbst in den Augen der ganzen Welt hunderttausendfach schuldig ist.

Für die Drohung gegen Spanien wird der Fall des Kreuzers »Leipzig« herangezogen. Es waren Gerüchte verbreitet, daß er torpediert worden sei. Da der Kreuzer offenkundig gänzlich unverletzt sein Unwesen im Mittelmeer treibt, hat das Dritte Reich selbst diese Gerüchte am 15. Juni als Lügen dementiert. Am 19. Juni sind sie wieder ausgegraben worden, und nun wird behauptet, auf der »Leipzig« habe man vier Torpedos verbeiläufig gehört. Ob man auch gehört hat, daß es spanische Torpedos waren, bleibt dunkel. Jedenfalls genügt den Gewalthabern des Dritten Reiches diese offenkundige Lüge zur Begründung der Forderung, daß der Viererpakt der Kontrollmächte gegen das republikanische Spanien zu funktionieren habe. Sie demonstrierten den Westmächten, was nach deutscher Auffassung der Sinn des Viererpaktes sei. Sie forderten eine Flottendemonstration der vier Mächte vor der Küste des republikanischen Spaniens, sie forderten, daß die Regierung von Valencia mit Gewalt des Gebrauchs ihrer Flotte beraubt werde. Mit einem Worte, sie verlangten von Frankreich und England, daß diese beiden demokratischen Mächte gemeinsam mit den faschistischen Angreifern das republikanische Spanien erwürgen sollten. Sie haben hinter diese Forderung die Drohung gestellt, daß sie sich selber »ihr Recht« verschaffen würden, wenn der Viererpakt versage, das heißt, sie haben mit einem neuen Fall Almeria gedroht. Nicht genug, daß deutsche und italienische Flugzeuge, deutsche und italienische Artillerie Bilbao zu Fall gebracht haben, sollen deutsche und italienische Schiffe die Regierung von Valencia ihrer Kriegsmarine berauben — und englischen und französischen Schiffen war die schändliche Rolle zugeordnet, dabei mitzuwirken, um dieser verbrecherischen Tat auch noch den Schein des Rechts zu geben.

Die Durchführung eines solchen Planes hätte nicht nur den Verrat Englands und Frankreichs an dem republikanischen Spanien bedeutet, sondern zugleich die Anerkennung der Hegemonie der Achse Berlin-Rom in Europa. Die englische und die französische Regierung haben diese Zumutung abgewiesen.

Das aber hat nun wieder das Dritte Reich als willkommenen Vorwand benutzt, um den Besuch Neuraths in London abzusagen und sich der unangenehmen Notwendigkeit zu entziehen, über seine politischen Zielsetzungen Auskunft zu geben.

4. Sie warten auf den Tag

Das ist die Antwort des Dritten Reiches auf die Hoffnung, daß objektive Notwendigkeiten seine Politik zwingen würden, »im Augenblick darauf zu verzichten, systematisch einen Konflikt zu provozieren« — so wie es der »Temps« formuliert hatte. Wenn das nicht systematische Provokation ist, dann gibt es überhaupt keine!

Im ersten Augenblick, der den Hitler, Göring, Göbbels und ihrem militärischen Anhang günstig erscheint, treiben sie die Dinge bis an den Rand des Ausbruchs, zeigt das System sein wahres Gesicht. Ueber ihre wahren Absichten kann demnach kein Zweifel mehr sein. Sie wollen freie Hand im Osten, das heißt, sie wollen in einem günstigen Augenblick zunächst die Tschechoslowakei überfallen. Sie wollen von Spanien aus Frankreich an der Pyrenäengrenze bedrohen. Sie wollen ganz allgemein ihre Absichten mit Gewalt durchsetzen. Wenn sie England neutralisiert wüßten, würden sie Frankreich sofort überfallen. Sie haben den bösen Willen dazu in diesen Tagen ganz eindeutig erkennen lassen.

Sie legen nicht einmal mehr Wert darauf, ihre Provokationen zu bemänteln. Der Fall Weigel zeigt, daß ihnen der dümmste Vorwand gerade gut genug ist, um gegen die Tschechoslowakei vorzugehen. Gegenüber dem Fall des Kreuzers »Leipzig« und der »gehörten« Torpedos ist der Reichstagsbrand geradezu noch ein genialer Vorwand. Daß sie diese offenkundige Lüge den Engländern als Begründung eines Verrats an Spanien zumuten, zeigt ihren Zynismus. Sie haben diese Lüge in dem gleichen Augenblick serviert, in dem Admiral Raeder öffentlich eingestanden hat, daß die »Deutschland« auf die spanischen Regierungslieger geschossen habe. Sie wollen die Engländer nicht nur zu Mitschuldigen ihrer eigenen Verbrechen machen, sondern auch zu Teilhabern an ihren Lügen und an ihrer moralischen Verkommenheit. Ueber die Franzosen glauben sie bei diesem Versuch mit hohnvoller Vernachlässigung hinweggehen zu können.

Gewalt geht vor Recht und Moral — das ist ihr Prinzip. Diese Ausnutzung einer ihnen günstig erscheinenden Situation zu lärmenden Provokationen, die zu dem von zynischer Schamlosigkeit sind, ist Geist vom Geiste des Wilhelmismus. Während der Konferenz von Algeiras 1906 verlockte eine parlamentarische Krise in Frankreich die deutsche Politik zu provokatorischem Vorgehen. Der deutsche Gesandte, Graf Tattenbach, drohte mit dem Krieg und prahlte: »Wir werden sie wie die Wanzen zerdrücken.« Vor dem Beginn des Weltkrieges spekulierte die deutsche Militärpartei auf die Regierungskrise in Frankreich und auf die Streikwelle in Rußland. Sie wartete auf »den Tag«. Ihre braunen Nachfolger haben jetzt eindeutig erkennen lassen, daß sie ebenfalls auf »den Tag« warten.

Dieser Geist der lauenden Gewalttätigkeit hat schon einmal der Welt die schreckliche Erfahrung des Weltkrieges eingetragen und dem deutschen Volk die noch schrecklichere Erfahrung des Zusammenbruchs!

Ein Ermächtigungsgesetz für braune Justiz-Gangsterei

Kein Gerichtsreispruch soll einen »Staatsfeinde« mehr schützen dürfen!

Alle Länder unter diktatorischer »Verfassung« verwenden ihre Justiz als Freudenmädchen ihrer besonderen Staats- und Spitzenräson. Zum Unterschied aber etwa von Rußland oder Italien geht diese Schändung in Deutschland, dem Land der Dichter und Denker, nicht ohne theoretische Vorexerziten, ohne Begriffsabstracta und säuberlich deduzierte Lehrsätze ab. Die Praxis der Hitler-Justiz, politische Prozesse, die längst durch ein wohl begründetes Gerichtsverfahren und -Urteil abgeschlossen waren, wieder aufzurollen, dergestalt, daß Handlungen, wegen derer früher ein offizieller Freispruch oder relativ milde und verständige Urteile überzeugungsgemäß ergangen waren, nunmehr mit allerhöchsten Strafmaßnahmen, in den meisten Fällen sogar mit der Todesstrafe belegt wurden, ist bekannt und hat wesentlich mit dazu beigetragen, der Welt die Augen darüber zu öffnen, wie weit die hitlerdeutschen Siegfriede den moralischen Nihilismus verkörpern. Daß dabei Verurteilungen selbst zum Tode nach sogenannten »Gesetzen« ergeben, die erst Jahre nach Begehung der Tat »erlassen« worden sind, ist die beinahe schon als selbstverständlich hingenommene Zutat; beim ersten eklatanten Fall des angeblichen Reichstagsbrandstifters van der Lubbe, der genau nach dieser Norm vom Leben zum Tode befördert wurde, ist es bekanntlich keineswegs geblieben. Es handelt sich also eigentlich schon so um eine Art Gewohnheitsverbrechen der Diktatur!

Nur das ist jetzt am Komplex neu, freilich auch typisch deutsch, daß nunmehr auch die feierliche Einholung dieses Rechtsanarchismus in ein theoretisches Stück deutschen nationalsozialistischen »Gedankenguts« zur Rechtstheorie erfolgen muß. Zwar ist um den hier vorliegenden doktrinären Fragenkomplex vorläufig ein Streit in Hitlerdeutschland entstanden, der von den alten »liberalen« Rechtstheoretikern auf den Universitäten einerseits und den Justizbürokraten Hitlers an den entscheidenden Amtsstellen andererseits einseitig noch geführt wird. Wie aber schon die Macht im totalen Parteistaat verlagert ist, kann der Ausgang dieser Fehde keineswegs zweifelhaft sein!

Es handelt sich theoretisch darum, ob im Strafprozeß (und die Nazis sind ja emsig um dessen »Reform« im Sinne eines »deutschen« Strafrechts bemüht) die Wiederaufnahme eines Verfahrens (zur Durchsetzung der materiellen Gerechtigkeit) die zu Ungunsten eines Angeklagten stattfindet, in ihren Bedingungen und Normen gleichgesetzt werden soll mit solcher Wiederaufnahme, die zugunsten des Angeklagten erfolgt! Die Strafprozeßordnungen aller zivilisierten Staaten machen hier mit Recht wesentliche Unterschiede, die das eine erleichtern und das andere erschweren. Sie machen es aus derselben »liberalistischen« oder humanistischen Vorstellung über das Wesen und die Rolle des Staates im Strafprozeß, die auch daran festhält, daß der Staatsanwalt eine »objektive Behörde« darstellt oder doch wenigstens darstellen soll. Aber das ist es gerade, was die Nazi-Juristen weit von sich weisen! Ihre Justiz soll Schrecken schlechthin und nichts als Schrecken verbreiten! Ihre Justiz hat sich nicht nach den Bedürfnissen des Menschen und der Menschlichkeit, sondern nach den Anforderungen einer besonderen Staatsapparatur zu richten! Die könnte leiden — nicht, wenn zu viel, sondern wenn zu wenig bestraft, zu wenig die Zuchthäuser angefüllt, zu wenig die Richtblöcke bemüht werden. Die bisherige »liberale« Unterscheidung zwischen Wiederaufnahme zugunsten und zu Ungunsten des Beschuldigten schmälert den Beuteanteil dieser so aufgefaßten Nazi-Justiz; sie widerspricht ihrem Grundaxiom, das man mit Schrecken und Grauen die Menschen in ihrem Nebeneinander zusammenhalten muß. Im politischen Strafprozeß-Sonderfall aber — gegen »Staatsfeinde« nämlich! — soll sich künftig kein noch so begründeter Freispruch mehr zwischen Delinquenten und Richtblock drängen dürfen. Wo ein Gericht und ein Einzelrichter da schon einmal Rückgrat ausnahmsweise zeigen sollte, wird ihn künftig die übergeordnete »Wiederaufnahme«-Instanz vormachen, wie der Staat solche Sachen angepackt wissen will und man wird ihn hernach entsprechend anprangern dürfen... Das ist Kern und Sinn des jetzt entbrannten rechtstheoretischen Familienkrachs im Dritten Reich.

Zur Ehre der deutschen Rechtswissenschaft, so weit sie überhaupt noch besteht, sei es gesagt: sie will wenigstens nicht sang- und klanglos da vor Hitlers Paragraphen-gladiatoren kapitulieren! Der Staatssekretär

Vorgeschichte der Priesterprozesse

Zentraler Befehl zum Radekrieg gegen die Bischöfe. — Wie alles »schlagartig« funktionierte. — Die Wirkung auf die Katholiken.

Aus einer rein katholischen Großstadt Süddeutschlands wird uns geschrieben:

Die sogenannten praktizierenden Katholiken unserer Diözese wußten schon seit Monaten von dem neuen großen Schläge gegen die Kirche. Seit dem jüngsten, von allen Kanzeln verlesenen Hirten-schreiben der Bischöfe, dessen Text im engen Einvernehmen mit dem Heiligen Stuhl aufgestellt worden war, lebten wir in dicker Luft. Dabei ist es charakteristisch, daß es nicht in erster Linie der Inhalt des Hirten-schreibens war, der die maßgebenden nationalsozialistischen Führer so erbitterte, so scharf auch die Verurteilung der widerchristlichen Verletzungen des Konkordats darin ausfiel. Der Hauptzorn galt der Tatsache, daß es keiner einzigen der mit scharfen Befugnissen ausgerüsteten amtlichen Uebervachungsstellen gelungen war, die nächtliche Uebermittlung des Schreibens durch Kuriere aus den Bischofssitzen zu den Pfarrämtern zu verhindern. Es war ein geglückter Stoß ins Herz der braunen Polizeireputation, eine Blamage für das kostspielige und überorganisierte Kontrollsystem. Die telephonischen Verbindungen zwischen den verantwortlichen Gestapostellen und den Propagandabüros der Gauleiter auf der einen und den Berliner Zentralen auf der anderen Seite zeigten tagelang von der maßlosen Wut der Ueberraschten. Es gab kräftige Nasen und durchgreifende Strafversetzungen.

Dann aber wurde die Rache angeordnet. Sie kam nach langen Beratungen in den Ministerien — Hauptanregter war das Propagandaministerium — »schlagartig« in der Gestalt der Sittlichkeitsprozesse gegen Priester und Ordensleute, um damit der kirchlichen Autorität einen tödlichen Streich zu versetzen. Auf Grund gemeinsamer Beschlüsse des Reichspropagandaministers, des Reichsinnenministers und des Reichsjustizministers und natürlich im engen Einvernehmen mit dem Führer wurden sämtliche Generalstaatsanwälte, Oberlandesgerichts- und Landgerichtspräsidenten für ihre Bezirke dazu verpflichtet, die schwebenden Verfahren gegen Geistliche sofort abzuschließen und zur Verhandlung zu bringen. Wer die Praxis der Gerichte kennt, der kann sich eine Vorstellung davon machen, wie schwierig die Durchführung einer solchen Anordnung gewesen ist. Fieberhaft wurde Tag und Nacht gearbeitet. Verteilte Akten mit Zeugnisaussagen wurden im Eil-dienst zusammengeholt. Direktoren und Staatsanwälte, Referendare und Assessor-n knirschten mit den Zähnen wegen der ihnen auferlegten Ueberstunden. Nicht wenige unter ihnen empfanden das Un-

im Reichsjustizministerium, der »alte Kämpfer« Freisler, Großwürdenträger der NSDAP, hat die Sache vorgebracht und versucht sie gegenwärtig in allen zuständigen Beratungen über die Strafprozeßreform durchzudrücken. Innerhalb der Professorenschaft der deutschen Rechtsakademien aber versucht man — bei aller Vorsicht in der Ausdruckweise des Protestes — wenigstens an diesem Punkt noch den Rest eines Rechtsstaates im Sinne überkommener Zivilisation zu retten. So sind denn zur Stunde die deutschen Literaturzeugnisse, die sich mit den Dingen des Rechts im »neuen Staat« abgeben, übereinstimmend mit dem Pro und Contra dieser rechtstheoretischen Gewissensfrage angefüllt. Einer der tapfersten Protestler scheint der Bonner Kriminaljurist Professor Graf zu Dohna zu sein. In der Zeitschrift »Deutsches Strafrecht« (Juni-Heft 37) schildert er eindringlich die Folgen der Aufhebung des alten Rechtsgrundsatzes — gegen die Freislerischen Bestrebungen! — wie folgt:

»Unter allen Umständen muß es sichergestellt werden, daß der rechtskräftig Freigesprochene erst dann in die Rolle des In-kulpaten wieder zurückversetzt werden kann, wenn durch Richterspruch bekundet ist, daß die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Verfahrens vorliegen. Sonst besteht die Gefahr, daß die Anklagebehörde unbekümmert um einen in-zwischen erfolgten Freispruch ihre Erhebungen fortsetzt und sich langsam daran gewöhnt, mit unzulänglichem Material die

würdige dieses politischen Bütteldienstes, keineswegs nur Katholiken, und wenn die Herren genügend »unter sich« waren, scheuten sie auch vor respektloser Kritik an ihren Auftraggebern nicht zurück. Aber die blasser Furcht um die Karriere war An-sporn genug. Alles klappte, die Prozesse konnten steigen, und sogar die sprich-wörtlich bequemsten Vorsitzenden der Gerichtshöfe überraschten die Wissenden durch eine profunde Kenntnis der Materie. Sie wußten, daß in jeder Verhandlung mehrere scharfe Aufpas-ser der Gauleitung und der Gestapo saßen, in voller Dienstbereitschaft, jeden menschlichen, weltanschaulichen oder juristischen Schwächeanfall zu protokollieren.

Und nun hat Göbbels gesprochen. Jeder Katholik weiß, daß ihm die Kosten seines Studiums zum größten Teil von der Caritas des Volksvereins in Rheidt bezahlt worden sind; zur Zurückzahlung der Summen entschloß er sich freilich erst auf Grund eindringlicher Mahnung, als er bereits materiell saturiert war. Seine mit erpresserischen Pikanterien geschmückte Rede, diese Mischung von infernalischem Haß und durchsichtiger Heuchelei hat in der Glaubenswelt die gegenteilige Wirkung erzielt, als sie haben sollte. In der katholischen Kirche sind der religiöse Inhalt und die päpstliche und bischöfliche Hierarchie von einander untrennbar. Der Nachweis von priesterlichen Verfehlungen, inszeniert in widerkirchlichen Absichten im politischen Kampf, führt unter glaubensstarker Katholiken nur dazu, sich noch fester um den von menschlichen Schwächen unbeeinflussbaren und nicht zu erschütternden Felsen Petri zu scharen. Das sollten Göbbels und die anderen immerhin aus der über fast 2000 Jahre reichenden Kirchengeschichte gelernt haben. Und die Bloßstellung der Bischöfe? Unbezweifelbar, daß einige von ihnen an Autorität eingebüßt haben — aber entscheidend wegen ihrer nachsichtigen Schwäche gegenüber dem Dritten Reich und ihrer opportunistischen Anpassung an die braune Staatsmacht. Die Aktion der Prozesse und die Drohungen des Ministers haben jedoch, wie unzählige private Bekenntnisse und Briefe an die bischöflichen Behörden beweisen, ihre Position vor den Gläubigen viel mehr gestärkt als erschüttert.

Hinzu kommt, was jeder weiß: daß es in allen Gauleitungen der NSDAP, bei den Gestapo- und bei den Justizstellen unge-zählte Aktenbündel über sittliche Verfehlungen von SS- und SA-Führern und von Leutengibt, denen die Jugend beider Geschlechter unter uniformierter Befehlsgewalt ausgeliefert ist. Auch in den erzbischöflichen Sekretariaten liegen darüber protokollierte

Aussagen vor, die man rechtzeitig sicherstellen konnte. Dieses Material reichte aus, um die deutsche Justiz — wenn es noch ein deutsches Recht und eine deutsche Gerechtigkeit gäbe! — auf Jahre hinaus zu beschäftigen. Schon der Gedanke, daß ein Staatsanwalt es wagen könnte, ohne die Genehmigung der zuständigen braunen Parteibehörde, Anklage zu erheben, ist absurd. Nur wenn man es hier für richtig hält, einen Beschuldigten aus politischen Gründen fallen zu lassen, kommt es zu einer fast stets geheimen Verhandlung.

Göbbels hat unter Beschwörungen des Führers die Sauberkeit des Dritten Reiches feierlich gerühmt: Es habe so und so viele solcher Sünder und Volksverderber kurzerhand erschießen lassen. Es wäre ein offenerherziges Bekenntnis zum Staatsverbrechen. Die Katholiken sind Göbbels für diese Wahrheitstreue aufrichtig dankbar. Denn die Kirche hat damit ein neues wirksames Propagandamittel gegen die Untaten des Dritten Reiches, das unterirdisch und in der Stille die Seelen aufrüttelt.

Göbbelsprozesse . . .

Idioten zeugen für Deutschland.

Aus Baden-Baden wird einer Anzahl außerdeutscher katholischer Blätter, so der »Reichspost« in Wien, berichtet:

Hier stand ein Geistlicher unter der Anklage von Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem Schwachsinnigen, den der Staatsanwalt, wie in allen solchen Prozessen üblich, als Hauptbelastungszeugen antreten ließ, vor dem Gericht. In der Verhandlung fragte der Anwalt des Angeklagten plötzlich den Zeugen: »Und wie oft habe ich mich an Ihnen vergangen?« Antwort: »Zwei- bis dreimal!« Dann, der Anwalt auf den Gerichtsvorsitzendenweisend: »Und wie oft hat sich dieser Mann da mit Ihnen eingelassen?« Diesmal antwortete der Kronzeuge von Göbbels sogar: »Zehn- bis elf-mal!« Das war freilich dem Vorsitzenden wider den Strich. Eiligst sprach er den katholischen armen Sünder frei und schloß die Sitzung. Was dann er und der mit blamierte braune Staatsanwalt unmittelbar nachher getan haben, kann man nur erraten: sicher ist, daß der Anwalt, der so eindrucksvoll Herrn Göbbels in die Propaganda pfuschte, schon am anderen Tage bei sich zu Hause einen Brief vorfand, daß ihm die Anwaltspraxis entzogen sei!

Ley hat's gut

»Unser Rezept heißt einfach Adolf Hitler. Wir haben kein anderes... Es besetzt uns eine unsagbare und unbändige Lebensfreude.«

(Ley auf der KdF-Reichstagung in Hamburg. Zitiert in »Deutsche Zukunft«, 20. Juni.)

Brauner Raubzug im Großen

Gegen die Familie Lachmann-Mosse, die früher Besitzerin des Verlages Rudolf Mosse in Berlin war, in dem »Berliner Tageblatt« und »Berliner Volkzeitung« erschienen, ist ein Steuersteckbrief erlassen worden. Die Familie Lachmann-Mosse, die jetzt in Paris wohnt, schuldet eine Reichsfluchtsteuer von insgesamt 5,7 Millionen RM. — entsprechend einem Vermögen von 23 Millionen RM. Wieviel von diesem Vermögen noch dem Zugriff der braunen Gangster unterliegt, ist nicht bekannt.

Für den Mundgebrauch . . .

Die nazistische »Neue Literatur« ist ein wirklich gutes Witzblatt. Mit besonderem Vergnügen pflegen wir darin die Buchkritiken eines Herrn Karl A. Kutzbach zu lesen. Sie pflegen lustig zu sein. In Heft 5, Jahrgang 1937, bespricht Kutzbach das neueste Werkbuch eines Nazidichters, dessen Gedichte er in den höchsten Tönen lobt, denn sie seien

»immer gesund und kräftig für den Mundgebrauch.«

Herr Kutzbach ist klug. Er rechnet vorsorglich damit, daß die Nazilyrik nicht dem »Mundgebrauch«, sondern einer... anderweitigen Verwendung zugeführt werden könnte,

H. E.

»Propaganda als Waffe«

Bemerkungen zu einem Buch

Woher eine deutsche Sowjetrepublik ihren Wirtschaftsminister, ihren Finanzminister, ihren Kriegsminister genommen hätte, weiß niemand, aber ihr Propagandaminister war schon lange da. Er brauchte sich nur an den Schreibtisch zu setzen, und es konnte losgehen. Kein Zweifel, wenn Deutschland nicht ein Drittes Reich, sondern eine Sowjetrepublik geworden wäre, dann wäre Willi Münzenberg heute, was Göbbels ist.

Nun hat er ein etwa 300 Seiten starkes Buch geschrieben: »Propaganda als Waffe«, das im Pariser Verlag »Editions du Carrefour« erschienen ist. Es ist — wer bestreitet es, — das Buch eines Fachmanns. Es ist ein gutes und nützliches Buch, das die ungeheure Betriebssamkeit, Wendigkeit und Verlogenheit der Hitlerpropaganda von allen Seiten schildert, eine gewaltige Menge von Material enthält, wertvolle Anregungen bietet und in seiner Grundtendenz lobenswert ist.

Eine andere Frage ist, ob dieses Buch eines Kommunisten auch ein kommunistisches Buch ist. Diese Frage ist zu verneinen. Es ist kein kommunistisches Buch, es ist aber auch kein marxistisches Buch. Mehring und seine Schule hätten es vor dreißig Jahren als ein Produkt der »ethisch-ästhetischen« Richtung und als »kleinbürgerliche Seichtbeutelei« abgelehnt.

Der deutsche Kommunismus hat auf der theoretischen Flucht vor sich selber längst die Positionen des linken Sozialismus passiert und ist im Begriffe, auch die des rechten zu überholen. Münzenbergs Buch ist ein neues Zeichen dafür.

Münzenberg allerdings macht — zum Unterschied von anderen — gerade dort halt, wohin ihm ein Sozialdemokrat noch folgen kann. Man bemerkt bei dieser Gelegenheit, daß auch die meisten Sozialdemokraten im Kampf gegen Hitler nur noch sehr wenig klassenkämpferisch und viel mehr ethisch argumentieren. So verfährt auch Münzenberg. Mit voller Zustimmung zitiert er die Worte von Thomas Mann:

Wir haben es erlebt, daß es falsch ist, den Mächten des Bösen und der Gewalt allein die Offensive zu überlassen, die Mittel der modernen Propaganda zu ihrem menschenfreundlichen Nutzen zu verwenden. Die Weltlage verlangt, daß der Geist seiner angeborenen Milde und Lässigkeit zum Trotz zu kämpfen und sich zu wehren versteht.

Hier wird also nicht das Proletariat aufgerufen zum Kampf gegen die Bourgeoisie, sondern der »Geist trotz seiner angeborenen Milde« gegen »das Böse und die Gewalt«. Ein solcher Aufruf schließt die Anerkennung in sich ein, daß Gut und Böse absolute Werte sind, die sich durch eine Aenderung ihres Standortes im Klassenkampf nicht verändern. Das Böse kann nicht dadurch gut werden, daß es im Namen des Proletariats oder zu dessen angeblichen Nutzen getan wird, sondern es gibt allgemein gültige sittliche Maßstäbe, die an jedes Regime angelegt werden müssen, gleichviel im Namen welcher Klasse es geführt wird. Tatsächlich würde ja auch der Kampf gegen »das Böse und die Gewalt« in Deutschland jede Kraft verlieren, wenn man das Böse und die Gewalt in anderen Ländern mit Stillschweigen übergehen oder gar verherrlichen wollte. Mir scheint, Münzenberg weiß es schon, — wenn er auch noch weit davon entfernt ist, es auszusprechen — daß man den Kampf gegen das Hakenkreuz wirksam nur führen kann nicht als Bolschewik, sondern als Demokrat.

Hier beginnt aber eine andere Frage zu spielen, die sich mir bei der Lektüre dieses Buches aufgedrängt hat: kann für den demokratischen Sozialismus, der aus Wissenschaftlichkeit, Wahrheitsliebe, Anerkennung der ethischen Werte seine Kraft schöpft, das Wort »Propaganda« überhaupt noch denselben Sinn haben wie für die nationalsozialistische Demagogie? Daß die Gegner des Hitlerismus Propaganda treiben müssen und abermals Propaganda, daß die Menschen in allen Ländern der Welt aufgeschreckt, aufgerüttelt werden müssen, damit sie den geistigen Kampf gegen den Feind der Menschlichkeit mit verhunderten Kräften aufnehmen, darüber besteht kein Streit. Aber das ist eine offene Frage, ob diese geistige

Gegenmacht, die der faschistischen Barbarei entgegenzustellen ist, sich derselben Mittel bedienen kann wie jene, oder ob sie nicht vielmehr einen neuen Stil der Propaganda entwickeln muß, der ihrem eigenen Wesen gemäß ist.

Für uns Deutsche ist nun diese Frage noch nicht sehr brennend. Wir müssen aus der Not eine Tugend machen. Wir können nicht Aufmärsche von Uniformierten inszenieren, wir können keine Blechmusik ertönen lassen. Wir können auch keine Massenversammlungen veranstalten, in denen schweißtriefende Redner wild um sich schlagen und mit verdrehten Augen das Blaue vom Himmel herunterlügen. Wir haben im eigenen Bereich zuvörderst keine andere Propagandamöglichkeiten als ein kleingedrucktes Flugblatt, heimlich von einem dem anderen in die Hand gedrückt, und die Aussprache eines vertrauten Kreises, bei der keiner die Stimme zu laut erheben darf, damit es der Nachbar nicht hört. Wenn wir aus dieser Enge herausstreben — soll unser Sehnsuchtsziel sein, dann das zu machen, was jetzt die anderen tun? Uniformen, nur andere Litzen? Blechmusik, nur andere Weisen? Rhetorik, die Beifall sucht, sei es auch auf Kosten der Wahrheit und des guten Geschmacks?

Es war vielleicht einer der großen Fehler der Weimarer Demokratie, daß sie geglaubt hat, jeder Partei ihre eigene uniformierte Truppe und ihre eigene Blechmusik gestatten zu müssen. Auf diese Weise ist an die Stelle eines geistigen Wettkampfes die Konkurrenz der Reklamezeichner und der geistlose »Betrieb« getreten. Als Ergebnis ist die allein mar-

schierende, allein musizierende, allein brüllende Partei übrig geblieben, die auf allen Straßen und Plätzen Orgien feiernde totalitäre Hirnlosigkeit.

Solche Spuren sollten schrecken. Aber wie kann in einem Mehrparteiensystem eine verantwortungsbewußte Parteiführung, die die ganze Sinnlosigkeit und Geschmacklosigkeit eines solchen Betriebs erkannt hat, sich dem Zwange der Konkurrenz entziehen? Werden ihre eigenen Anhänger es ihr nicht als Unterlassungssünde anrechnen, wenn sie alle plumpen, auf bloßen Gimpelfang berechneten Propagandakünste den Gegner überläßt? Wird sich nicht nach jeder Niederlage, nach jedem hinter den Erwartungen zurückbleibenden Erfolg aus den eigenen Reihen der Ruf erheben: »Wir müssen es auch so machen wie die anderen!«

Helfen kann hier nur der Staat. Er muß den Parteien jede Gelegenheit geben, ihre sachliche Meinung über die beste Art der Staatsführung dem Volke verständlich zu machen, er muß aber auch auf dem Felde des politischen Meinungskampfes für fair play sorgen und jeden unlauteren Wettbewerb ausschließen. Einschränkungen werden sich in weitem Maß ertragen lassen, wenn sie alle gleichmäßig treffen. In diesem Sinne hat die englische Gesetzgebung einige Schritte nach der richtigen Richtung getan, indem sie für den erlaubten Geldaufwand bei Wahlkämpfen Grenzen gesetzt und das Tragen politischer Uniformen (wie z. B. die grünen Hemden der Mosley-Faschisten) verboten hat.

Staatliche Maßnahmen sind freilich nur ein notwendiges Uebel. Der anzustre-

bende Idealzustand ist ein staatsbürgerlicher Bildungszustand, der alle polizeiliche Einmischung überflüssig macht. Heute sind doch wohl die meisten Menschen gebildet genug, um sich im Falle ihrer Erkrankung an einen wirklichen Arzt zu wenden, und nicht an irgend einen Doktor Sassafras, der vor seiner Jahrmarktbude marktschreierisch seine Salben und Mixturen preist. Man kann sich denken, daß in einer späteren glücklicheren Zeit die erdrückende Mehrheit der Menschen gebildet genug sein wird, um auch an den Buden der politischen Hellschwinder mit stillschweigender Verachtung vorbeizugehen. Ein Verbrechen stirbt am sichersten dann aus, wenn es ein Geschäft wird, das sich nicht mehr rentiert. Glücklicherweise das Volk, bei dem der politische Massenbetrug aufgehört hat, ein lohnendes Geschäft zu sein!

Nicht Gewalt, sondern Geist, nicht Lüge, sondern Wahrheit, nicht Rausch, sondern Nüchternheit, nicht Pomp, sondern Einfachheit! Keine theatralischen Fahnen-eide, sondern tieferinnerliche Hingabe an ein großes Menschheitsideal — mit einem Wort: Verinnerlichung, Vergeistigung, das sollen die unterscheidenden Merkmale unserer Propaganda sein gegenüber der anderen!

Was zum Schluß entscheiden wird ist nicht der lautere Lärm und die größere Buntheit, sondern die geistige und sittliche Ueberlegenheit. Wir haben sie. Den ihr entsprechenden Propagandastil zu schaffen, ist eine Aufgabe, die noch zu lösen ist. Vorbilder sind weder im Dritten Reich, noch in Sowjetrußland zu finden. F. St.

Die Erzeugungsschlacht eine Niederlage

Statt Nährfreiheit — Nährfreiheit

In der Rangordnung der Ernährungsvorgänge des Hitlerregimes ist die Fett- und Fleischnot, obwohl kaum minder dringlich, an die zweite Stelle gerückt. An erster Stelle steht heute die Sorge um die Belieferung der Bevölkerung mit Brot und Mehl. Die Getreidevorräte in Mühlen und Lagerhäusern betragen Ende 1935 3,2, Ende 1936 1,6 Millionen Tonnen, sie waren also halbiert. Um die schwindenden Vorräte zu strecken, wird die Qualität des Mehls bis zur Ungenießbarkeit verschlechtert. Bereits Anfang Januar war die Zahl der bis dahin erlaubten 8 Mehltypen auf 3x reduziert worden. Aus der verfügbaren Kornmenge sollte eine möglichst große Mehlausbeute herausgeholt werden. Von den drei Mehltypen, durften eine mittelheile und eine dunkle Sorte von den Mühlen nur gleichzeitig und in jeweils gleichen Mengen hergestellt werden. Die Folge war, daß auch die Mehlmehler das hellere Mehl nicht verkaufen wollten, ohne daß zugleich das dunkle Mehl abgenommen wurde. Die Hausfrauen weigerten sich aber, das dunkle Mehl zu nehmen, und erst recht hatten die Teigwarenfabriken dafür keine Verwendung. Um deren Versorgung sicherzustellen, können nach einer neuen Verordnung die Mühlen verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Mehlerzeugung dem zuständigen Getreidewirtschaftsverband zur Verfügung zu stellen. So wird von vornherein ein Teil der Erzeugung besseren Mehls den Bäckereien entzogen. Um das Mehllamaster zu unterbinden, dürfen die Verarbeiterbetriebe nicht mehr auf Lager halten, als sie in drei Wochen verarbeiten können. Nichts ist kennzeichnender für den inneren Sinn der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches als die Tatsache, daß von dieser Beschränkung der Lagerhaltung zwar die Krankenhäuser betroffen sind, dagegen nicht die Verarbeiterbetriebe der Wehrmacht.

Die Ursache des Mangels an Brotgetreide ist aber nicht allein die nicht einmal schlechte, sondern nur unterdurchschnittliche Ernte des vergangenen Jahres, vielmehr vor allem die durch die verschärfte Futtermittelnot, die die Bauern zur Verfütterung von Brotgetreide zwingt. Um zu verhindern, daß Weizen und Roggen anstatt in die Mühlen zu wandern, in den Tiermägen verschwindet, hat man die sogenannte Umtauschaktion inszeniert. Die Bauern sollten über die Pflichtmenge hinaus abgelieferten Roggen in Mais oder Gerste umtauschen können und so zur Mehrablieferung von Brotgetreide angereizt werden. Die Aktion hat offen-

bar ihre Wirkung verfehlt, denn man ist nunmehr von der Verlockung zum Zwang übergegangen. Bisher hat eine Ablieferungspflicht nur für Brotgetreide, Weizen und Roggen bestanden, nunmehr ist das feste Ablieferungskontingent auch auf Gerste und Hafer ausgedehnt. Der Landwirt kann an Stelle der vorgeschriebenen Menge Gerste und Hafer Roggen oder Weizen abliefern, er darf also das kontingentierte Futtermittel nur dann im eigenen Betrieb verwenden, wenn er entsprechend mehr Brotgetreide abliefern kann. Die Wirkung kann im günstigsten Falle sein, daß sich die Brotversorgung auf Kosten der Fett- und Fleischversorgung bessert. Göring hat aber befohlen, daß im Zuge des Vierjahresplanes die 17-prozentige Auslandsabhängigkeit in der Lebensmittellieferung verschwindet. Deshalb soll der Bauer dadurch zur Leistungssteigerung gezwungen werden, daß sein Betrieb völlig nationalsozialistischer Kontrolle unterstellt wird. Für jeden landwirtschaftlichen Betrieb wird eine sogenannte Hofkarte ausgestellt. »An Hand der Hofkarte wird es überhaupt erst möglich, festzustellen, was denn der einzelne nun wirklich leistet« und was er leisten könnte, wenn er seinen Betrieb nach dem Kommando des Reichsnährstandes führt. Der Bauer wird also in Zukunft seinen Betrieb nicht nach eigenem Ermessen, sondern nach amtlichen Befehl bewirtschaften.

Um die Umtauschaktion zu ermöglichen, mußte die entsprechende Menge Futtermittel vorhanden sein. Darré mußte sich also entschließen, die Einfuhr von Futtermitteln zu erhöhen, und Dr. Schacht, den Devisenaufwand für die Aufrüstung zugunsten des Futtermittelimports zuzulassen. Nach Feststellung des »Nationalsozialistischen Wirtschaftsdiens« (I. Mal-Heft) hatte betragen der Devisen- und Verrechnungsmarktaufwand für die Getreideeinfuhr im ganzen Jahre 1936 24 Millionen, aber allein im ersten Vierteljahr 1937 23 Millionen Mark. 1933 waren für diesen Zweck 45 Millionen verbraucht worden. Auf das Jahr umgerechnet hat sich also seit dem vorigen Jahre der Devisenaufwand für den Getreideimport vervierfacht, seit 1933 verdoppelt. Die Nährfreiheit also fast in Nährfreiheit umgeschlagen, die Auslandsabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung ist in vier Jahren Drittes Reich eher vergrößert als verringert. Aber hinter der Vermehrung des Geldaufwandes bleibt die Zunahme der Einfuhrmenge weit zurück. Darré hat das Pech,

daß seit Beginn der Erzeugungsschlacht eine Welthausse für Getreide eingesetzt hat, daß also zur Bezahlung der gleichen Menge Getreide mehr Devisen aufgewendet werden, mehr Exportwaren hergegeben werden müssen. So hat sich im ersten Vierteljahr 1937 gegenüber dem ersten Quartal 1936 die Weizeneinfuhr verdoppelt, aber der Devisenaufwand für Getreide vervierfacht. Der Getreidekauf ward als Zahlungsmittel für politische Freundschaften verwendet und ist daher um so kostspieliger, je mehr die bevorzugten Länder durch die Getreidehausse von überflüssigen Getreidevorräten befreit werden. Im ersten Vierteljahr 1936 wurden aus Frankreich 21.000 Doppelzentner Weizen eingeführt, im ersten Vierteljahr 1937 nur 17.000 Doppelzentner, dagegen aus Jugoslawien 1936 0, 1937 136.000 Doppelzentner. Zur gleichen Zeit verminderte sich die Weizeneinfuhr aus Kanada von 49.000 auf 23.000 Doppelzentner, vermehrte sich dagegen aus der Türkei von 2.600 auf 80.000. Der »Nationalsoz. Wirtschaftsdiens« schreibt dazu:

»Die Südorientierung, auf die wir bereits bei der Weizeneinfuhr aufmerksam machen konnten, ist auch in eher noch verschärftem Ausmaß, bei der Maiseneinfuhr festzustellen. Hier ist jugoslawischer, rumänischer und ungarischer Mais in bisherigem Verlauf dieses Jahres in sehr großem Umfang auf den deutschen Markt gelangt, während die Maiseneinfuhr aus Argentinien zwar auch im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit etwas aber längst nicht in dem gleichen Ausmaß wie die aus den vorgenannten Ländern gestiegen ist.«

Aber diese Mehreinfuhr von Mais hat keineswegs nur zur Verbesserung der Futtermittelversorgung gedient, sondern hat sich vor allem, »als notwendig erwiesen«, weil jetzt auch die Bäcker gehalten sind, 7 bis 10 Prozent Mais-Backmehl bei der Brotherstellung zu verwenden, um unsere Roggen- und Weizenvorräte zu strecken.«

Solange also die Aufrüstungseinfuhr den unbestrittenen Vorrang hat, kann das Loch im Futtermittelbedarf nicht durch Einfuhr beseitigt werden.

Warum wird also der bäuerliche Betrieb amtlichem Kommando unterstellt? Nicht um die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu verbessern, sondern um die Einfuhr von Futtermitteln zu ersparen und dadurch Devisen für Aufrüstungseinfuhr frei zu bekommen. Um der Kriegsvorbereitung willen wird also der Bauer zum Arbeitssoldaten der deutschen Landwirtschaftsarmee degradiert. G. A. F.

DACHAU

Die »Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« (4. Jg. Nr. 5, Mai 1937) veröffentlichten eine Reihe ausführlicher Berichte über deutsche Konzentrationslager. Diese Berichte stammen aus den Monaten April und Mai 1937. Sie zeigen, daß das System noch ebenso barbarisch und blutig ist wie am ersten Tage. Wir veröffentlichen den Bericht über das Lager Dachau.

I. Ueber den Aufbau des Lagers

Je 54 Mann sind eine »Stube«. Früher wurde die Stube Korporalschaft genannt. Der Leiter ist ein Gefangener, der die Bezeichnung »Stubenältester« führt. Fünf Stuben oder Korporalschaften sind zu einem »Block« zusammengefaßt. Früher bezeichnete man das als eine »Kompagnie«. Jeder Block ist in einer eigenen Baracke untergebracht. Der volle Block hat demnach 270 Mann. Ueber den Block ist ein »Blockältester« gestellt, ebenfalls ein Gefangener. Der Blockälteste ist dem »Blockführer« unterstellt, einem SS-Mann, meist im Range eines Scharführers oder eines Oberscharführers. Ueber dem Scharführer steht der »Rapportführer«, der ein SS-Sturmführer ist. Dann folgt der Gefangenelagerführer im Range eines Standardführers. Das Gefangenelager einschließlich des Lagers für die SS bildet das »Lager Dachau«. Das Lager Dachau in seiner Gesamtheit ist dem »Lagerkommandanten« unterstellt, der im Range eines SS-Oberführers steht.

Bei den Gefangenen haben sich die neuen Bezeichnungen nicht eingebürgert. Sie sprechen immer noch von Korporalschaften und Kompagnien.

In Dachau gibt es neun Blocks oder Kompagnien. Sie sind in verschiedenen Baracken untergebracht. Wir bringen nachfolgend eine Schilderung dieser Blocks.

I. Kompagnie: Hier sind die sogenannten »Zweimaligen« zusammengefaßt, d. h. alle politischen Schutzhäftlinge, die schon einmal in Dachau waren und die wegen irgendwelchem Vergehen, oft auch nur wegen eines Verdachts, ein zweites Mal eingeliefert worden sind. Diese Zweimaligenkompagnie gehört zu den traurigsten Kapiteln von Dachau. Sie wurde erst im dritten Jahr nach der Machtergreifung Hitlers gebildet und ist heute zum Kern des Lagers geworden. Die Zweimaligen befinden sich nämlich innerhalb des Konzentrationslagers noch einmal in einem Konzentrationslager. Es dürften nach genaueren Schätzungen 190 bis 200 Mann sein. Sie sind gänzlich von den anderen Gefangenen abgeschlossen. Keiner der Lagerinsassen darf mit ihnen in Verbindung treten. Ihre Baracke ist im Lager von einer starken Umzäunung umgeben. Die Zweimaligen dürfen sich auch nicht wie die anderen Gefangenen in ihrer Freizeit im Lager ergehen. Sie haben einen »Freiplatz« zur Verfügung, der zwischen zwei Baracken eingeschlossen ist und ein Ausmaß von ca. 70x5 m hat; das heißt, nicht mehr als ein schmaler Gang. Das ist alles für 200 Menschen. Es ist weniger als in jedem Gefängnis.

Ihr Blockführer ist der SS-Scharführer Dambach. Er behandelt die Gefangenen sehr übel. Man hört oft sein brüllendes Geschimpfe. Vor der Tür der Baracke stehen Posten und keiner der Gefangenen darf in den Lagerhof treten. Es wird ihnen erklärt, daß keiner hoffen könne, unter 10 Jahren das Lager wieder zu verlassen. Für alle besteht ein Rauchverbot. Alle drei Monate dürfen sie einen einseitigen kleinen Brief schreiben und einen empfangen. Alle drei Monate dürfen sie 10 Mark geschickt bekommen, um sich Lebensmittel zu kaufen.

Man sieht die Gefangenen nur, wenn sie zu ihrer Arbeitsstätte geführt werden. Sie werden zu den schlechtesten und schwersten Arbeiten verwendet. Bis Herbst 1936 waren viele von ihnen noch in der Schreinerei beschäftigt. Das ist jetzt eingestellt. Alle wurden dann zum Abbruch der alten Bunker verwendet, die in einem verfallenden Fabrikbau untergebracht waren. Anfang Februar erfolgte dort beim Abbruch einer Decke ein Unglück. Es gab

einen Toten und mehrere Schwerverletzte.

Die Zweimaligenkompagnie gilt im Lager als Hölle. Die Gefangenen, die meist in der Baracke gehalten werden, sehen sehr schlecht aus. Ihre Gesichter sind von der strengen Haft gezeichnet. Es sind fast ausschließlich ehemalige politische Funktionäre. Man wirft ihnen vor, die Tätigkeit gegen das Regime nicht aufgegeben zu haben, trotz der Versprechungen, die ihnen bei ihrem erstmaligen Aufenthalt in Dachau abgenommen wurden. Die Stimmung unter den Gefangenen ist gedrückter als im übrigen Lager. Sie werden von den übrigen Dachauer Häftlingen sehr bedauert.

II. Kompagnie: Hier befinden sich die asozialen Elemente. Meistens Leute, die sich ihren sozialen Verpflichtungen entzogen haben: Bettler, Säufer usw. Sie sind die einzigen, die wissen, wie lange sie in Dachau bleiben, denn sie sind abgeurteilt. Die Zweimaligen vom Arbeitszwang kommen auch immer in die gleiche Kompagnie. Durchschnittlich bleibt ein Asozialer 6 Monate in Dachau. Wird er ein zweites Mal eingeliefert, so muß er ein Jahr bleiben, beim dritten Mal zwei Jahre. Unter den Asozialen befinden sich auch viele vorbestrafte Verbrecher.

Die Asozialen fühlen sich meist gehobener als die politischen Gefangenen. Zwischen beiden Gruppen bestehen kaum Beziehungen.

III. Kompagnie: Hier sind lauter politische Schutzhäftlinge zusammengefaßt. Die Kompagnie hat 270 Mann. Sie werden zum Arbeitsdienst herangezogen und je nach ihrem Beruf verwendet.

IV. Kompagnie: Auch sie besteht ausschließlich aus politischen Gefangenen, aber meist aus solchen, die schon sehr lange in Dachau sind. Auch fast alle prominenten Persönlichkeiten, wie z. B. der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident von Braunschweig, Jasper, sind in dieser Kompagnie. Jasper wird noch immer sehr schikaniert. Ihm wurde erklärt: »Solange noch ein anständiger Arbeiter in Dachau ist, kommst Du nicht heraus.« Er wird zu Erdarbeiten herangezogen.

V. Kompagnie: Ebenfalls politische Gefangene.

VI. Kompagnie: Judenkompagnie. Hier befinden sich ca. 100 Mann, alles Juden. Nun sollen alle Juden, die im Reich in Schutzhaft sind, nach Dachau kommen. Im Februar und März sind schon Transporte eingelaufen. Die Juden werden sehr schlecht behandelt. Sie sind großen Schikanen ausgesetzt. Ihnen wird ständig gezeigt, daß man sie verachtet und als niedere Kreaturen ansieht. Alle Juden, ganz gleich, welchen Beruf sie im Leben ausgeübt haben, werden zur Kiesarbeit verwendet. Sie müssen schwere Arbeit verrichten und werden dabei rücksichtslos behandelt. Auch unter den Gefangenen gibt es viele, die die Juden verachten. Die Lagerleitung geht in der gemeinsten Weise gegen die jüdischen Gefangenen vor. Bei ihnen ist Strafexerzieren an der Tagesordnung. Oft kommt es vor, daß die Judenkompagnie, ähnlich wie die Zweimaligen, von den anderen Gefangenen abgesperrt werden. Bei ihnen geht man zeitweilig noch weiter und sperrt sie einfach in ihre Baracke ein. So wurden sie z. B. einmal drei Monate völlig eingesperrt. Die Türen der Baracke wurden vernagelt, die Fensterscheiben wurden überstrichen. Nur wenn das Essen gebracht wurde, hat man etwas gelüftet. Die Luft in diesen Baracken war daher so schlecht, daß oft Gefangene bewußtlos wurden. Da sie auch keinen Ausgang hatten, traten Ausschläge auf und andere Erkrankungen. Die Einsperrung erfolgte in den Monaten Juni bis September 1936, ein zweites Mal Februar bis April 1937.

Die Juden sind in drei Kategorien eingeteilt: Politische Juden, Rasseschänder, jüdische Emigranten.

VII. Kompagnie: Sie besteht aus drei Korporalschaften oder Stuben mit politischen Gefangenen, die vierte Stube umfaßt die arischen Emigranten; in der fünften Stube befinden sich die wegen eines Vergehens gegen den § 175 Inhaftierten. Die sogenannten Hundertfünfundsechzig

werden nur zu Kiesarbeiten mit den Juden zusammen verwendet.

VIII. Kompagnie: In den beiden ersten Korporalschaften sind Politische. Es ist die sogenannte Zugangskompagnie. Jeder, der nach Dachau kommt, kommt zuerst in diese Abteilung. Hier wird er so lange belassen, bis er für eine der anderen Kompagnien eingeteilt ist. Daher sind diese beiden Stuben meist nicht voll. Die dritte Korporalschaft setzt sich aus ehemaligen Strafgefangenen zusammen, meist vielfach vorbestrafter Verbrechern, die zur Sicherheitsverwahrung verurteilt sind. Auch in der vierten und fünften Korporalschaft befinden sich noch Leute zur Sicherheitsverwahrung, doch sind sie hier gemischt mit Asozialen, die eigentlich in die II. Kompagnie gehören, aber hier untergebracht sind, weil die II. meist überfüllt ist.

In der letzten Kompagnie, die eigentlich nicht als volle Kompagnie betrachtet wird, befinden sich die Invaliden und die Kranken. Ihr gehört auch der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher an. Sie sind in der Baracke X untergebracht. In dieser Baracke befindet sich auch die Kantine und die Bibliothek. Die Invaliden werden zu leichteren Arbeiten herangezogen, so z. B. zur Bibliothekhilfe, zum Strümpfestopfen, zum Küchendienst usw., sofern sie nicht im Krankenrevier liegen und zu keiner Arbeit fähig sind.

Kennzeichnung der Gefangenen: Alle Gefangenen sind je nach ihrer Abteilung, zu der sie gehören, durch farbige Stoffstreifen auf den Kleidern gekennzeichnet. Die Streifen sind fünf bis acht cm breit. Zwei sind unterhalb der Knie um die Hosen genäht, zwei an den Armen unterhalb des Ellenbogens und einer befindet sich auf dem Rücken. Die folgende Aufzählung aus dem Gedächtnis ist möglicherweise nicht in allen Punkten ganz genau:

Politische: Rote Streifen und am Rücken senkrecht.

Arbeitszwang: Blaue Streifen und quer. § 175: Rote Streifen mit schwarzen Punkten.

Zweimalige: Rote Streifen und quer. Sicherheitsverwahrung: Grüne Streifen und quer.

Politische Juden: Rote Streifen mit gelben Punkten.

Jüdische Emigranten: Rote Streifen mit blauen Punkten.

Rasseschänder: Gelbe Streifen mit roten Punkten.

Bibelforscher: Rote Streifen mit ... Punkten und quer.

Arische Emigranten: Blaue Streifen und am Rücken senkrecht.

II. Die Arbeitseinteilung:

Alle Gefangenen im Lager müssen arbeiten. Das Lager hat eigene Wirtschaftsbetriebe, und zwar 1. Betriebe, die für den Eigenbedarf des Lagers und 2. Betriebe, die für Bestellung von auswärts arbeiten. Für den Eigenbedarf arbeiten die »Kommandanturbetriebe«, für auswärts arbeiten die »Wirtschaftsbetriebe«. Die Kommandanturbetriebe sind viel kleiner als die Wirtschaftsbetriebe, umfassen aber fast die gleichen Arbeitsgruppen.

Die Arbeitsgruppen werden »Arbeitskommandos« genannt. Es gibt eine Schreinerei, Schlosserei, Schmiede, Schneiderei, Schusterei, Bäckerei, Metzgerei usw. Am größten ist die Schreinerei. Dort wird für das Militär gearbeitet. Auch Möbel für die SS-Führer werden hergestellt.

Die Arbeitsleiter dieser Betriebe sind Gefangene. Der Leiter der Schreinerei ist z. B. der Kommunist Ewald Thunig. Er wurde einmal aus der Schreinerei versetzt und mußte dann wieder dorthin zurückgebracht werden, weil nach seinem Weggang alles durcheinander kam. Es wird gesagt, daß gute Spezialarbeiter nicht aus Dachau entlassen werden, weil man sie nicht entbehren will. Nicht zuletzt deshalb befindet sich z. B. Thunig noch immer in Dachau.

Jeder, der nach Dachau eingeliefert wird, muß zuerst in die Kiesgrube. Ist alles geprüft und hat man festgestellt, wofür er zu gebrauchen ist, so wird er einem Arbeitskommando zugeteilt. Die Ge-

fangenen treten früh morgens um 7 Uhr in Kompagnien auf dem Appellplatz an. Dann werden sie zu den einzelnen Arbeitskommandos zusammengestellt und rücken in die Betriebe ab. Dort gibt es keine Trennung der Gruppen. Nur die Juden und die Zweimaligen fehlen.

Die Gefangenen arbeiten lieber in den Wirtschaftsbetrieben als in der Kommandantur, denn sie bekommen vormittags ein Stück Brot mit Wurst, nachmittags nur Brot. Im Kommandanturbetrieb gibt es nur einmal ein trockenes Stück Brot. Die Arbeitszeit dauert im Sommer von 6 Uhr früh bis 10 Uhr und von 3 Uhr bis 6 Uhr abends. Im Winter von 7 Uhr bis 1/2 12 Uhr und von 1 Uhr bis 1/2 5 Uhr. Da meistens dringende Bestellungen vorliegen, werden diese Arbeitszeiten in den Betrieben sehr unregelmäßig eingehalten. Viele Ueberstunden, besonders in der Schreinerei, müssen geschoben werden. Oft wird bis 10 Uhr nachts gearbeitet.

Die Ausbeutung der Gefangenen ist ungeheuer. Die dürftige Nahrung, die sie bekommen, läßt sie nicht zu Kräften kommen, und so sind alle immer todmüde, wenn sie am Abend heimkommen. Im Gegensatz zu den Gefängnissen bekommen sie für ihre Arbeitsleistung kein Geld. Auch die Essensrationen sind bei schwerer Arbeit nicht besser und größer.

III. Die Wache

Das Wachbataillon Dachau der SS ist 900 Mann stark. Alle Tage wird ein anderer Sturm zur Wache kommandiert. Er hat die Gefangenen auf ihrem ganzen Weg zu begleiten. Die Bewachung ist stark. Die übrigen Angehörigen des Wachbataillon machen militärische Übungen und haben, sofern sie nicht als Lagerposten eingeteilt sind, dienstfrei. Das Wachbataillon ist jetzt motorisiert.

Die Behandlungsmethoden den Gefangenen gegenüber sind sehr unterschiedlich. Die ausgesprochenen Schikanierer haben abgenommen. Dafür gibt es viele, die ihre Unlust zum Wachdienst an den Gefangenen auslassen. Vielen ist auch das ewige Schikanieren schon langweilig geworden. So wird z. B. festgestellt, daß der SS-Mann Steinbrenner, der ein Schrecken des Lagers war, sich geändert hat. Er ist interesselos geworden und läßt die Gefangenen in Ruhe. Er wohnt in der Wehrmühle, gleich beim Lager. Dort wohnen Leute der Wachmannschaft, die verheiratet sind.

Der Lagerführer Weissenborn, der vom 20. April 1936 bis in den Herbst das Kommando inne hatte, hat viele Verschärfungen verfügt. Er hat auch die Tafeln in der neutralen Zone eingeführt. Sie sind schwarz und tragen einen Totenkopf mit der Warnung: »Bei Betreten wird sofort geschossen!«

Unter Weissenborns Lagerführung hat sich auch folgendes zugetragen: Im Oktober 1936 wurde ein Mann von etwa 55 bis 60 Jahren eingeliefert. Er wurde gleich nach der Einlieferung von den Posten schikaniert. Am dritten Tage seiner Anwesenheit mußte er wegen irgendeiner geringfügigen Sache strafexerzieren. Der SS-Mann, der ihn bewachte, schrie ihm immer gemeine Ausdrücke zu und forderte ihn auf, bessere Kniebeugen zu machen. Als er wieder ein gemeinsames Wort sagte, antwortete ihm der alte Mann: »Du könntest mein Bub sein, Du frecher Lausbengel.« Der Posten wollte ihn daraufhin festnehmen und der Mann hob die Hand, als ob er den Versuch machen wollte, sich zu wehren. Er wurde sofort niedergeschlagen und abgeschleift. Am Abend ließ der Lagerführer antreten und gab ungefähr folgende Erklärung ab: »Ich mache Euch darauf aufmerksam, daß im Lager das Standrecht besteht, heute nachmittag hat eine solche Kreatur die Hand gegen einen Posten erhoben. Ich teile Euch mit, daß der Mann bereits eine Leiche ist. Merkt Euch das.«

Bei den großen Umbauten im Lager wurde auch eine Gasmaskenversuchskammer gebaut. In jeder Woche werden dort einige Tage Gasmasken der SS ausprobiert und auch Übungen abgehalten. Diese Einrichtung wird aber fast ausschließlich von

SS-Abteilungen aus München benützt. Daß Gefangene als Versuchsobjekte benützt worden wären, ist nicht bekannt.

Es kommt öfter vor, daß SS-Leute von anderen Abteilungen in das Lager strafversetzt werden. Der Dienst im Lager gilt durchaus nicht als angenehm. Die SS-Leute aus dem Wachbataillon Dachau werden, wenn sie sich als geeignet erweisen, meist in die politische Polizei übernommen.

IV. Die Religion

Der Kirchenbesuch, der zu Anfang ohne Schwierigkeiten war, ist heute zu einer mühsamen Tat geworden. An einem Sonntag ist evangelischer Gottesdienst, am nächsten katholischer. An dem evangelischen Kirchenbesuch nehmen immer ca. 40 bis 50 Gefangene teil. Das ist wenig bei 2000 Gefangenen. Dem Besuch der evangelischen Kirche setzt man keine Schwierigkeiten entgegen, wohl aber dem Besuch der katholischen. Jeder Besucher des katholischen Gottesdienstes wird von dem Kompagnieführer aufgeschrieben. Am Montag werden dann diese Kirchenbesucher zum Straferzieren verurteilt. Das ist nun eine Regel geworden, die allen bekannt ist. Diese Maßnahme hat die Besucherzahl der katholischen Kirche rasch herabgesetzt. Heute gibt es noch zwei unentwegte Kirchenbesucher. Sie wissen, daß sie es büßen müssen, aber sie gehen doch. Alle 14 Tage kommt der katholische Pfarrer für diese beiden, die neben der Strafe auch noch den Spott verschiedener Mitgefangener ertragen müssen.

V. Die Bestrafung

Viele Menschen denken heute, daß in den Konzentrationslagern alles in Ordnung gekommen ist und daß die sadistischen Quälereien aufgehört haben. Es ist richtig, daß die willkürliche Abschlagung von Gefangenen heute nicht mehr so geübt wird wie in der ersten Zeit. Erstens sind die Kerkormeister selber des Schlags müde geworden und zweitens hat sich eine gewisse »Ordnung« im Strafvollzug durchgesetzt. Aber das System, das da angewandt wird, und das man Ordnung nennt, birgt so viel des Grausamen und Bösen in sich, daß von einer Milderung nicht die Rede sein kann.

Es gibt zwei verschiedene Strafarten: das Straferzieren und die Prügelstrafe mit nachfolgendem Bunker. Mit jeder Prügelstrafe ist heute auch Bunker verbunden. Der Gefangene, der sich ein Vergehen hat zuschulden kommen lassen, das »mit Straferzieren nicht mehr gesühnt werden kann«, wird heute zur Prügelstrafe verurteilt. Dabei wird ein Aktenstück angelegt und das Urteil schriftlich festgesetzt. Als Normalstrafe gelten 25 Hiebe mit der Peitsche und 8 Tage Bunker. Zweiter Strafgrad sind 50 Hiebe und 14 Tage Bunker. Das geht bis zu 100 Hieben und 4 Wochen Bunker. Bei 8 Tagen Bunker bekommt der

Gefangene nur jeden zweiten, in manchen Fällen jeden dritten Tag etwas zu essen.

Die Straferzierungen werden im Hofe vor den Bunkern durchgeführt und finden ungefähr alle 14 Tage statt. Man läßt alle Fälle zusammenkommen. Die Durchführung der Bestrafung geht folgendermaßen vor sich. Der Gefangene muß sich vor einem Holzbock aufstellen. Das ist ein eigens angefertigter Stuhl, der eine Höhlung hat, in die der Bauch gelegt werden muß. Die beiden Arme und die Füße hängen nach abwärts und werden festgeschnallt. Dem Gefangenen wird vor der Auspeitschung noch einmal die Strafe verlesen. Bei dem Strafvollzug sind anwesend der Oberführer, der Lagerführer, der Rapportführer und ein Sturm SS als Zeugen, »damit keine Mißhandlungen geschehen«. Gefangene sind nicht zugegen. Die Auspeitschung erfolgt durch die beiden Kompagnieführer Spatzenegger und Remmele. Manchmal, wenn diese vom Schlagen müde sind, müssen auch SS-Männer eingreifen. Während des Strafvollzugs behält der Gefangene seine Kleider an. Strafen von mehr als 50 Peitschenhieben werden in Raten verabfolgt, immer wenn die Wunden vom ersten Schlagen gerade vernarben. Vor der Auspeitschung findet eine ärztliche Untersuchung statt, die feststellen soll, ob der Gefangene physisch in der Lage ist, die Strafe zu ertragen. Es ist bisher noch kein Fall bekanntgeworden, wo der Arzt eine Bestrafung verhindert hat. Nach der Auspeitschung werden die Gefangenen in den Bunker geworfen, wo man sie sich selbst überläßt. Die übrigen Gefangenen sehen von den Strafhandlungen nichts, aber sie hören jedesmal die gellenden Schreie der Gequälten.

Einige Beispiele mögen zeigen, in welchen Fällen die Peitschenbestrafung angeordnet wurde. Ein Gefangener, der von Beruf Gärtner ist, mußte außerhalb des Lagers in den Wohngärten der SS arbeiten. Er bekam von einer Frau ein Päckchen Tabak geschenkt. Da er Nichtraucher ist, verkaufte er den Tabak an seinen Mitgefangenen und kaufte sich für das Geld Brot. Das wurde dem Blockführer gemeldet und dieser veranlaßte die Bestrafung: 25 Stockschläge und 8 Tage Bunker.

Im Dezember 1936 waren einige Gefangene als Maurer beim Bau der Autogarage über dem Kantinenkeller beschäftigt. Dabei erwischte sie aus dem Keller einige kleine Büchsen kondensierte Milch und eine Dose saurer Gurken. Zwei der Gefangenen haben diese Dosen entwendet. Alle fünf beschäftigten Arbeiter jedoch wurden bestraft. Jeder von ihnen erhielt 50 Hiebe und 14 Tage Bunker. Einer der Verurteilten hatte einem Kameraden eine Essiggurke geschenkt. Da man Gurken auch in der Kantine kaufen kann, ahnte der Empfänger nicht, daß diese Gurke gestohlen war. Bei der Untersuchung dieses Falles mußte die

ganze Stube antreten. Es wurden alle gefragt, ob sie von dem Gefangenen X eine Gurke geschenkt bekommen hätten. Der Betreffende trat vor und meldete sich ohne Argwohn. Daraufhin wurde auch er, obwohl er seine Unschuld beteuerte, zu 25 Peitschenhieben und 8 Tagen Bunker verurteilt.

Wer heimlich über den Kompagnieführer schimpft, wer seine Mitgefangenen, wenn sie etwas Verbotenes tun, nicht denunziert, wird ebenfalls mit Bunker bestraft. Man hält sich dabei nicht an die Strafordnung, die im Lager aufgehängt ist.

Für kleine Vergehen, z. B. schlechtes Bettenmachen, unkorrektes Maschieren etc., wird stundenlanges Straferzieren befohlen. In den meisten Fällen liegt überhaupt kein Grund zur Bestrafung vor. Man braucht nur dem Wachposten nicht recht zu gefallen, und schon bekommt man 50 Kniebeugen — mit einem Pickel rechts und links in der Hand — aufgebremmt. Das früher oft angewandte »Baumanbinden« hat man jetzt aufgegeben. Die Strafen haben noch eine schlimme Nachwirkung: Jede Lagerstrafe verlängert die Schutzhaft um ungewisse Zeit.

In Dachau gibt es z. Zt. zweierlei Bunker. Sogenannte Strafbunker und isolierte Bunker. Die Strafbunker sind fensterlos, ca. 2½ m breit und 3 m lang. Es befindet sich darin eine Holzpritsche. In der Mitte des Fußbodens ist ein eiserner Ring eingelassen, an den der Häftling mit einem Fuß angekettet wird. Der Boden ist aus Beton. Die isolierten Bunker haben ein Fenster über der Gangtür. Es dringt dämmerndes Licht durch den Gang herein. Im Raum befinden sich ein Hocker, eine Pritsche und Dampfheizung. Der Fußboden ist aus Holz. Die Zellen sind sauber. Im Augenblick sind ungefähr 25 isolierte Bunker vorhanden.

Einer der Bunkerwächter ist der berühmte SS-Mann Kannschuster. Wenn er besoffen ist, was öfter vorkommt, so macht er sich manchmal ein Vergnügen daraus, seinen großen scharfen Hund bei Nacht in die Strafbunker zu lassen. Er öffnet die Tür des Bunkers und hetzt seinen Hund auf die Gefangenen, die nicht ausweichen können, weil sie an der Kette liegen. Der Hund fällt die Gefangenen an, springt an ihnen hinauf und reißt ihnen die Kleider vom Leibe. Am anderen Tag können die Wäscheböhler die zerrissenen und blutigen Kleiderfetzen sehen. Das Schreien der so Mißhandelten dringt bis in die Baracken und ist in der Nacht schrecklich anzuhören.

Alle drei Wochen werden den Gefangenen die Haare kurz geschoren. Nur zwei durften bisher ihre natürliche Haarfrisur behalten: der Bruder des Münchner Oberbürgermeisters Fiehler und du Moulin Eckart. (Wird fortgesetzt.)

„Tscheka-Methoden“

»Es geht darum, Verhältnisse und Tatsachen aufzuzeigen, die beweisen, daß im Herzen Europas, ach Justizverhältnisse entwickelt haben, die mit den Maßstäben europäischer Zivilisation und Rechtsüberlieferung nicht mehr zu erfassen sind.«

So schreibt der »Völkische Beobachter« in einem Artikel, der die Überschrift trägt: »Die Tscheka-Methoden der tschechischen Polizei.« Sperrungen wie im Original.

Cayenne

Die »Köln. Volksztg.« (11. 6.) ängstigt sich um das Ansehen Frankreichs, das durch die Bagnos gefährdet ist und verweist darauf, wie energisch neuerdings wieder zwei beachtliche Franzosen die Beseitigung dieser Strafhöhlen fordern:

»Valent führt als Gründe sowohl den Sühne- und Abschreckungszweck der Strafe als auch den Gesichtspunkt der Besserung der Verurteilten ins Feld, unterläßt es aber nicht, darüber hinaus auch auf die Gefährdung der französischen Interessen und des Rufes Frankreichs infolge des Bestehens dieser Strafkolonien hinzuweisen. Womit er das Richtige getroffen haben dürfte.«

Von den deutschen Konzentrationslagern schweigt die gleichgeschaltete Presse. Womit auch sie das Richtige getroffen haben mag. Denn ins französische Bagno kann einer nur gelangen, wenn er ein Schwerverbrechen begangen hat und nach Recht und Gesetz verurteilt worden ist. In das deutsche KZ gelangt einer ohne Gerichtsurteil, wenn er gegen ein Verbrechen die Stimme erhebt. In Cayenne gibt es selbst für Mörder ein geschriebenes Recht, das es im KZ nicht einmal für die Unschuldigen gibt. Dafür existiert ungehemmtes Prügelrecht für die braunen Verbrecher, die auf die Unschuldigen losgelassen werden. Wozu also Bagno? Das deutsche Cayenne tut's viel besser.

Stark retouchiertes Weltbild

Es wird kaum ein Jude in der Welt zu einer Strafe verurteilt, ohne daß die deutschen Zeitungen sich des Falles liebevoll annehmen. »Ein jüdischer Gauner in Budapest« liest man dann etwa als fett gedruckte Überschrift, oder »Ein echter Jude in Bombay erwischt« oder »Moritz aus New Jersey stiehlt Truthähne« usw. usw. Die Gerichtsverhandlungen gegen sogenannte Arier werden nur erwähnt, wenn besonders schwere Vergehen oder besonders interessante Begleitumstände zu verzeichnen sind. Die Absicht ist deutlich. Im deutschen Leser soll die Vorstellung erweckt werden, daß 90 Prozent aller Verbrechen in der Welt auf das Konto der Juden zu setzen seien. Freilich bleibt dann noch die Frage offen, wo gerade in Deutschland soviel rein arische Verbrecher herkommen.

2 Dutzend Kriegsgründe

Ihr habt uns wiederum alle beleidigt, im Süd, Ost, West, Norden, zu Meer und zu Land.

Der Eine von Euch hat uns — sonstwie genannt, der Zweite von Euch hat die Kirche beleidigt, die wir just als Blendwerk des Satans erkannt.

Der Dritte hat irgendwo auf uns geschossen —

Zwar hat's niemand gesehen und keiner gehört, und der Schuß ging daneben — doch wir sind verstört und ruhen nicht eher, bis Feindblut geflossen und bis Ihr uns alle mit Kaltefall beschwört.

Daß wir Euch bis jetzt nicht in Stücke geschlagen,

beweist nur, wie friedlich wir eigentlich sind, die Kriegsgründe lagern schon greifbar im Spind.

Zwei Dutzend auf einmal. Und Ihr dürft Euch fragen, ob heut oder morgen das Tänzchen beginnt.

Los! Wartet nicht, bis wir die Sturmglocke ziehen,

und wartet nicht, bis uns der Veitstanz befällt.

Ihr habt uns beleidigt, gebt Waffen und Geld, gebt Eisen und Kupfer und gebt Kolonien, sonst brennt erst ein Schuß ab — und dann brennt die Welt.

Notrufe der Kunst

»Elementare Kunstfeindschaft« — »Bremst die Kunst nicht noch mehr...«

Bei einer Kundgebung der Reichstheaterkammer in Düsseldorf versprach Göbbels in einer Rede den Künstlern eine baldige Altersversorgung und gab nebenbei zu, daß die Frage des Nachwuchses noch immer Sorge bereite, da die angehenden Künstler (lies: die braunen Stipendiaten!) meist nicht den rechten Eifer zum Lernen mitbrächten. Er hielt auch den Zeitpunkt für gekommen, mehr ausländische Stücke zu zulassen und den Spielplan der Bühnen vor allem zugunsten französischer und englischer Stücke aufzulockern. Er gestand: »Es kann nicht bezweifelt werden, daß auf bestimmten Gebieten der leichteren Unterhaltung einige andere Länder uns noch überlegen sind. Auch da müssen wir alle Anstrengungen machen, den Vorsprung einzubohlen...« Daß auch das Gesellschaftsstück völlig fehlt, verschwieg er. Diese Lücke sollen die Ausländer ausfüllen helfen. Ort der Handlung Paris — da darf schon einiges kritische passieren, während ein deutscher Autor kaum wagen kann, die griechischen Götter zu verspotten; man weiß ja nie, ob die Neuheiden dabei getroffen werden.

Die geistige Strangulierung hat einen Grad erreicht, daß ein braunes Blatt, wie die »Essener Nationalzeitung« aufschreibt:

»An allen Ecken und Enden wird jedes Kunstschaffende in's Handwerk gebremst. Er darf dies nicht und er soll jenes lieber auch nicht. Hier Bestimmungen und dort Anordnungen; meist sind sie wohl leider nötig — wenn sie es aber nicht sind, dann bitte laßt auch die abwegigen Blüten sich aus eigener Kraft verblühen; vielleicht setzt doch noch

irgendeine ungeahnte Frucht an. Denn die Bremserei ist schuld daran, daß kein bildender Künstler bei uns mehr etwas wagt, so daß unsere Kunst oft droht, charakterarm zu werden. Nein — soll unsere Kunst sich frei entfalten, dann, bitte, bremst sie nicht noch mehr!«

Göbbels aber behauptete in Düsseldorf wiederum, nie sei die Kunst so gefördert und nie sei das Volk so an die Kunst herangeführt worden, wie unter Hitler. Mit Hilfe einer »weitgespannten Organisation sei es in kaum geahntem Umfange gelungen, die breiten Massen ins Theater zurückzuführen...« In welche Theater, in welche Schmarren, und unter welchem Druck? — kann man da nur fragen. Es gibt ja noch unverdächtigere, ehrlichere Zeugen als den Propaganda, und die künden etwas anderes. Wir greifen ein klassisches Beispiel heraus und gehen damit bis in den März zurück, weil der März bekanntlich ein sehr guter Theatermonat ist. Mitte März erließ das Landestheater in Koburg in der Presse eine Kundgebung, die einem Notschrei glich. Der Intendant teilte mit, daß die für Ostern geplante Aufführung von Wagners »Siegfried« ausfallen müßte, weil die Einnahmen der Walküre-Aufführung (am Sonntag zu schlecht gewesen seien. Und weil die »beschämende Leere« im Zuschauerraum

»eine beredte Sprache für das Interesse an dem gewaltigsten und deutschen Opernwerk in Koburg gesprochen hat... Das Landestheater hat in dieser Spielzeit einen kulturell und künstlerisch hochstehenden Spielplan gebracht, der dabei nach allen Richtungen farbig und interessant war. Das wird selbst der Dauermeckerer zugeben müssen. Allerdings mußte manchmal auf allzu leichte, natürlich sehr gewünschte Unterhaltungs-

kost verzichtet werden. Wenn das Landestheater in diesem Punkt nachgibt, verdient es die staatliche Unterstützung nicht mehr, und der Staat wird nicht zögern, in diesem Falle auch die Unterstützung zu streichen. Damit hätte Koburg kein Theater mehr. Es ist traurig, daß diese Zeilen geschrieben werden müssen...«

Es darf nicht sein, daß eine einmalige Wiederholung der »Walküre« mit einer der besten deutschen Sängerrinnen als Gast vor einem leeren Haus stattfinden muß und — wie es vor wenigen Wochen passiert ist — eine Aufführung des »Thomas Paine« eine Tageseinnahme von 5 (fünf!!!) Mark bringt.«

»Thomas Paine« stammt vom Staatspreisträger Johst. Der für die Nazis deutscheste Komponist Wagner und Hitlers Leibbarde — von beiden mochte das Publikum nichts wissen. Nur wo der Zwang der Göbbels-Organisationen straff funktioniert, wird »das Volk an die Kunst herangeführt...« Die »Kölnische Volkszeitung« vom 17. 3. bemerkte zu dem Koburger Notschrei, daß es sich leider nicht um einen vereinzelt Fall handelte:

»Uns sind Fälle bekannt, in denen die Theater, wenn auch ohne die Flucht in die Öffentlichkeit, sich dieselben Sorgen um einen Kulturspielplan machen wie die Intendanten in Koburg... Wenn aber eine Bühne, die trotz beschränkter Mittel nicht auf ihre Kulturaufgabe verzichten will und wegen ihrer beschränkten Mittel ein so anspruchsvolles Werk wie die »Walküre« nur einmal geben kann, auch dieses eine Mal von ihrem Publikum im Stich gelassen wird, dann ist dies ein bedenkliches Zeichen, zumal der Hinweis auf die allzu leichte Unterhaltungskosten sehr deutlich die Ursache dieser Publikumsflucht vor der Kunst erkennen läßt. Das Unterhaltungsbedürfnis wird da zur Gefahr, wo es zum grundsätzlichen Mißtrauen gegen das Künstlerische führt. Das

Der Spiegel

J. Offenbach und seine Zeit.

Jede Kunstgattung ist an bestimmte soziale Bedingungen gebunden. Das bürgerliche Drama konnte erst entstehen, als die feudale Gesellschaft von der bürgerlichen abgelöst wurde. Die Heraufkunft der Operette setzte eine Gesellschaftsordnung voraus, die sich operettenhaft betrug und sich dessen bewußt war. Ein Schriftsteller von Geburt, S. Kracauer, stellt diese Operettenhaftigkeit des französischen zweiten Kaiserreichs in den Mittelpunkt eines Buches über Jacques Offenbach. (Allert de Lange, Amsterdam). Indem er den Zusammenhang von Genie und Milieu nachspürt, entsteht nicht nur ein fesselndes Lebensbild des großen Musikers, sondern auch eine Biographie dieser Gesellschaft, man könnte sagen: eines ganzen Zeitalters, wenn das Frankreich von damals dem Kontinent politisch, wirtschaftlich und geistig nicht immer noch weit voraus gewesen wäre. Dieser Abstand, dieser Vorsprung erst machte wohl die Selbstpersiflagen des damaligen Frankreich möglich, und in dieser Atmosphäre gediehen die Offenbachladien.

Es bleibe dahin gestellt, ob Kracauers Meinung, wonach sich der Meister der satirischen Operette erst in diesem Klima voll entfalten konnte, richtig ist. Von Haus aus gehört Offenbach zu den Unpolitischen, und die Atmosphäre bestimmt unter Umständen zwar die Richtung der künstlerischen Entwicklung, aber nicht Qualität, Gewicht und sonstige Entfaltungsmöglichkeiten eines Talents. Das Alterswerk »Hoffmanns Erzählungen« beweist ja doch wohl, daß Offenbachs Genie auch auf tragischem Boden hätte wachsen können. Wir wissen wenig von den nur schwer kontrollierbaren Beziehungen zwischen Genie und Umgebung, wir wissen vor allem nie, wie es hätte kommen können, wenn es anders kam. Kracauer legt einen zu feinen soziologischen Instinkt an den Tag, als daß er solche Imponderablen übersehen könnte.

Ohne Zweifel jedoch wurden die Offenbachladien erst im gegebenen Klima möglich und sind schon darum ein Abbild des zweiten Kaiserreichs. Aus Lüge, Bluff und Putz war dies Blendwerk entstanden; es konnte sich halten dank der Angst des Bürgertums und Kleinbürgertums vor dem Massentritt der Arbeiterbattalione. »Orpheus in der Unterwelt« ist ein operettenhaftes Spiegelbild dieser operettenhaften Götterdämmerung. Offenbachs Spottlieder »machen sich über solche Dinge lustig, die sich in den Schein der Heiligkeit hüllen. Aufgebblähte Würde, hohle Autorität und angemessene Gewalt, — sie haben nichts zu lachen, wenn er sie lachend entzaubert...«

Diese Biographie liest sich wie ein guter, flüssiger Roman, dessen geschichtsmäßige Formulierungen und Fassungen sitzen, wie der Leisten im Schuh. Und da sich Geschichte wiederholt, denkt man oft an mittel-europäische Gegenwart, der Napoleons

hat nichts mehr mit berechtigter und notwendiger Entspannung zu tun, sondern es ist das erste Anzeichen einer elementaren Kunstfeindlichkeit, gegen deren Verbreitung nicht schnell genug Dämme errichtet werden können.

Die »Kölnische Volkszeitung« ist ein sehr vorsichtiges, ängstliches Blatt. Wenn das schon von »Publikumsflucht vor der Kunst« und ähnlichem spricht, müssen die Zustände toll sein. Der Schluß lautet:

»Hier zeigen sich noch Probleme der allgemeinen Kunstszene, die nicht damit gelöst sind, daß man den Satz »die Kunst muß wieder zum Volk finden« zum abertausendstenmal wiederholt. Die Kunst Richard Wagners — um noch einmal auf den Fall »Walküre« und »Siegfried« zu kommen — galt von je und gilt heute besonders als eine Erfüllung der im deutschen Volk lebendigen künstlerischen Ideale.«

Wenn Göbbels von den Massen erzählt, die seine Zwangsorganisationen gelegentlich ins Theater dirigieren, wenn er den Künstlern baldige Altersfürsorge verspricht und um ihre Sympathien für den braunen Zwangsstaat bettelt, so will er darüber hinweg täuschen, daß die braune Knebelung der Kunst ein breites Kunstpublikum in das »grundsätzliche Mißtrauen gegen das künstlerische« geradezu gedrängt hat. Die Degradierung der Kunst zum Knecht des Despotismus muß jeden Wagenut, jede Buntheit des Theaters, jeden Anlauf zur Wahrhaftigkeit ersticken. Dem »Neuen Wiener Tagblatt« (17. 3.) wird aus Berlin geschrieben:

»Die Berliner Theatersaison 1936/37 kann man wohl als die dürrtägigste seit der Ausdehnung der staatlichen Aufsicht auf das Kunstschaffen bezeichnen.«

Dies das Resultat nach vier Jahren brauner »Kunstförderung«. Mit diesen Stimmen

Warum wir die nachstehenden Zitate bringen? Um zu zeigen, womit man sich drüben im Blätterwald die Zeit vertreibt. Da hat das »Berliner Tageblatt« die Frage aufgeworfen, wie sich der Dorfgastrhof zur mondänen Dame zu verhalten hat. Folgendes ist laut »Berliner Tageblatt« im Dritten Reich möglich geworden:

»Frau Y. die Werbeberaterin, durch ihren Beruf an modernste, elegante äußere Aufmachung gebunden, betritt eine kleine Gaststätte in der Provinz X... In der Provinzgaststätte fällt Frau Y. auf. Der Wirt ist auf seine Stammkundschaft angewiesen, er ist auch nicht in der Lage, nachzuprüfen, ob die Besucherin aus beruflichen Gründen die auffällige Kleidung trägt... Er ist also, soll nicht der Ruf seines Unternehmens leiden und er Geschäftsschädigung riskieren, genötigt, Frau Y. (in taktvoller Weise allerdings) zu verstehen zu geben, daß er leider außerstande ist, ihren Wünschen nach Speise, Trank und Beherbergung zu entsprechen...«

Denn im Laufe von vier Jahren wurde die Landbevölkerung durch das Blübo-geschwätz derart verwirrt, daß die allein reisende Frau eine verdächtige Erscheinung geworden ist, namentlich wenn sie nicht in Nagelschuhen auftritt. Gut, daß es ein SS-Organ gibt, so hier darzutun vermag, weicher ritterliches Herz auch im rauhen Kämpfer schlagen kann. Mächtig wirft sich das »Schwarze Korps« vom 10. 6. in die Spalten:

»Elegante Frauen sind nur den Sittlichkeitschuldnern verdächtig, für die Kunstseidehemden, gepflegte

Staatsstreich gewissermaßen Modell gestanden hat. Der moderne Offenbach fehlt noch, weil die faschistische Despotie finsterner ist, als alle Despoten des 18. Jahrhunderts zusammen genommen und weil sie am Ende des wirtschaftlichen Liberalismus steht, indes das zweite Kaiserreich in den Gründer-Taumel dieser liberalistischen Wirtschaft hinein gerissen wurde. Darum ist die Symbolik eines vieldeutigen Schwankes für den Faschismus auch viel gefährlicher als alle Offenbachladien für einen Staatsstreicher sein konnten, der in den Strom weltwirtschaftlichen Aufschwunges geriet. Wenn unsere Krisen-Diktatoren einmal als Zeus, Jupiter etc. entgöttert werden, wenn von ihnen gesungen werden kann: »Als ich noch Prinz war von Arkadien« — ist es mit ihrer Herrlichkeit sehr rasch aus. Schon darum kann Offenbach in braunen Zonen nicht geduldet werden. Br. Brandy.

Momentaufnahmen aus Terrorien

Alles zittert vor Uniformen in Hitler-Deutschland.

So ganz anschlussreich über den Werkeltag in einer Diktatur, der freilich auf keinem

und Zeugnissen vergleiche man die verlogenen Tiraden der braunen Kunstföldwebel.

Wilhelm Stapel in Ungnade gefallen

Der Eber-Verlag im Kampf mit der Konkurrenz.

Wer da glaubt, es käme im Dritten Reich bloß darauf an, ein guter hitlertreuer Hakenkreuzler und absolut gleichgeschaltet zu sein, — wer das glaubt, der irrt sich ganz entschieden. Wenn z. B. eine sogenannte »Kulturzeitschrift« noch so nazistisch ist, so ist sie deshalb der herrschenden Clique noch lange nicht genehm. Das wird sie vielmehr erst dann, wenn sie im Eber-Verlag erscheint und diesem einige Gelder einbringt. Daß der Hauptaktionär des Eber-Verlages Adolf Hitler heißt, dürfte sich wohl inzwischen herumgesprochen haben. Desgleichen, daß die kostspieligen Produkte dieses Verlages dem deutschen Volk mit sanftem, — nein mit gar nicht sanftem — Zwang in den Bücherschrank diktiert werden. Geschäft ist Geschäft... Herr Wilhelm Stapel hat das alles anscheinend noch immer nicht begriffen. Und darum ist er nun in bedenkliche Nähe des Konzentrationslagers gerückt.

Worin besteht sein Verbrechen? Er ist weiß Gott kein Meckerer, kein Mißmischer. Sondern ein begeisterter Lobesänger des Hitlerregimes, zu dessen »geistigen Bahnbrechern« er schon gehörte, als die Herren Jost und Blunck noch bei »jüdisch-marxistischen« Redaktionen hausieren gingen. Nein, Stapels Untat besteht ganz einfach darin, daß er eine Zeitschrift herausgibt, die den im Eber-Verlag erscheinenden parteioffiziellen »Natio-

Die zeitgemäße Frau

Fingernägel und hohe Absätze die untrennbaren Attribute von Kokotten sind... Gut angezogene Frauen aber braucht man nicht gleich mit scheeligen Augen anzusehen.«

Doch kaum hat der SS-Mann die warme Lanze genossen, die in seinem Leiborgan für Kunstseide und elegante Frauen eingelegt wird, da stößt sein blaues Auge auf eine Rede, die der SS-Führer Jeckeln in Braunschweig gehalten hat. Thema: Die zeitgemäße deutsche Frau. Dies zu sein, ist drüben offenbar sehr schwierig, denn dieser SS-Führer denkt wieder anders als sein Organ und wendet sich laut United Preß gegen gepflegte Frauenschönheit:

»Die Frau eines SS-Mannes müsse in jeder Weise einwandfrei sein. Frauen, die schön zu tanzen verstehen, brauche Deutschland nicht, wohl aber Frauen, die durch sportliche Leistungen ihre Gesundheit unter Beweis stellen können. Das Sportgerät sei für die Gesundheit der Frau weit wichtiger als der Lippenstift. Man werde von der künftigen Frau des SS-Mannes demnächst auch den Besitz des Sport-Abzeichens fordern.«

Jede SS-Frau eine Amazone: erst wenn sie 4.50 springt, ist sie richtig. Legt sie nach dem Gepäckmarsch gar noch die Riesenwelle hin und zerquetscht sie dem Manne bei nachfolgender Umarmung ein paar Rippen, so ist hochrassiger Nachwuchs garantiert. So war es ja wohl auch damals mit Gunthern seiner, die jeglichen Buhlen vorher erst mal im Ringkampf per Untergriff oder Doppelnelson zur

Strecke brachte, worauf begreiflicherweise alles weitere meistens unterblieb.

Jeckels Rede kaum gelesen habend, schlägt der Hitlermann den »Fridericus« auf und vernimmt die Verdammung dieses »Mannweibese«, samt derer, die

»die Sache total vorbei begriffen haben und die aus den deutschen Frauen und Mädchen nun am liebsten ein Amazonenheer machen möchten, mit dem man selbst den Teufel aus der Welt schlagen könnte.«

Folgt ein Gewitter gegen alle Parolen, die zum weiblichen Sportabzeichen führen. Der Schluß:

»Faßt man all diese schönen Ratschläge zusammen, so ergeben sie den gemessenen Befehl: die Frau vermännliche sich! Die Frau sei unweiblich!

Man kann nicht nur im knorrigem Eichenwald umherlaufen. Man muß anstatt bloß Kraft und Stärke, auch Anmut und Lieblichkeit sehen. Deshalb schuf der Herrgott neben den Eichen die Blumen. Deshalb formte er aus der Rippe des Mannes das Weib.«

So schwankt der Kampf zwischen Amazone, Muttertier und Normaltyp hin und her. Fortgesetzt muß revidiert werden. Aber niemand darf gestehen, daß die Natur auf braune Reglementierungen pfeift und die mannigfachen Typen schafft, um zum Ziele zu kommen. Vier Jahre steht das Dritte Reich und hat schon allerhand Modelle fabriziert: Germanisches Gretchen, Zuchtkub, Amazone, Frau in Kunstseide. Bei Emmys Brillanten, es ist in Deutschland nicht leicht, eine »zeitgemäße Frau« zu sein... Br.

»Frontkämpfer«-Meeting und bei keinem Ausstellungsbesuch dem fremden Besucher vorgeführt werden dürfte, ist jetzt das Urteil, das ein »Sondergericht« beim Landgericht München fällt und in der letzten Nummer vom »Deutschen Strafrecht« im Wortlaut zitiert wird. Irgend ein Gauner hatte Wohnungsdiebstahl verübt, in dem einen Falle ein Handtäschchen mit Geld geklaut, im anderen Falle gleich eine ganze Einkaufstasche mit inliegenden Portemonnaie mitgehen lassen. Er hatte das angeordnet, indem er sich eine Naziuniform besorgt hatte, in dem einen Falle sich vorstellte als »von der politischen Leitung der NSDAP« geschickt, in dem anderen Falle als »Beauftragter der Kreisleitung München der NSDAP«, und so Erkundigungen über Untermieter in den Wohnungen, in denen er so brauchbare Sachen mitnahm, gewissermaßen »dienstliche« vornahm. Nun stand der Kerl vor dem genannten Sondergericht und dieses trug kein Bedenken, ihn wegen »Amtsanmaßung« zu verurteilen, so, als ob sich der Gauner als »öffentlicher Beamter« ausgegeben habe. Die Begründung für diese Gerichtsentscheidung aber ist nun eben die klassische Pointe dieser ja wohl sonst so gar nicht erschütternden Begebenheit. Sie führt nämlich in jenem Urteil wörtlich an:

»Der Angeklagte hat in diesen Fällen vorgetäuscht, ein Parlamentarier zu bekleiden, das ihm die Befugnis gab, von einzelnen Volksgenossen Auskunft über andere Volksgenossen zu erlangen. Die Leute, an die sich der Angeklagte dabei gewandt hat, haben sich auch auf Grund seines Vorbringens für verpflichtet gehalten, die verlangten Aufschlüsse zu geben. Der Angeklagte hat in diesen Fällen die gleiche Wirkung erzielt und auch erzielen wollen, wie in dem Falle, in dem er sich als Beamter im eigentlichen Sinne ausgab. Daher... usw.«

So befundgetreu attestiert das Münchener Sondergericht die Angstschweiß-Atmosphäre, die eine Partei-Tyrannis nun schon seit Jahr und Tag um sich zu verbreiten versteht. Demütigt steht man da jedem Gauner, wenn er nur im Indianerkostüm der Nazis angelehrt kommt, zur Verfügung. Ihn die Treppe mit Schwung hinunterbefördern könnte ja unter Umständen als »Anschlag gegen den nationalsozialistischen Staat« zuchthaus- und handbeilwürdig ausfallen... Wer könnte jetzt daran zweifeln, daß Deutschland in der Tat als der »ruhigste Staat der Welt«, um mit Göbbels zu reden, dasteht!?

nationalsozialistischen Monatsheften« Konkurrenz macht. Seit Jahr und Tag bemüht sich der Eber-Verlag Stapels »Deutsches Volkstum« aus dem Felde zu schlagen bzw. aufzukaufen. Das ist nicht geglückt. Und nun hat Hitlers Kulturpapst und Großinquisitor Alfred Rosenberg (der Herausgeber der »Nationalsozialistischen Monatshefte«) einen seiner wohlüberlegten Spürhunde vorgeschickt, einen Pg. Mathes Ziegler, und dieser Ziegler hat auf allerhöchsten Befehl die sensationelle Entdeckung gemacht, daß der berühmte nazistische Vorkämpfer Wilhelm Stapel in Wirklichkeit ein liberalistischer »instinktvoller Literat« ist. »Literat« — Stapel hat bekanntlich als einer der allerersten damit angefangen, diese Berufsbezeichnung als Schimpfwort zu gebrauchen und damit gegen die Brüder Mann, gegen Emil Ludwig, Kerr und andere zu Felde zu ziehen. Nun bekommt ers im Blatt des großen Konkurrenten Rosenberg schwarz auf weiß, daß er selbst ein »Literat« ist und obendrein ein »instinktvoller«. In einem viele Seiten langen Artikel des Ziegler wird er fast durchgängig »der Literat Stapel« genannt!

»Der Literat Wilhelm Stapel könnte sich viele Plattheiten ersparen, wenn er sich der Erkenntnis erschließen wollte, daß nicht eine abstrakte deutsche Geistigkeit Deutschland gerettet hat, sondern einzig und allein die Bewegung Adolf Hitlers.«

Das ist noch die mildeste Tonart, die Rosenbergs Ziegler anschlägt!

»Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll, über die Unbekümmertheit, mit der Stapel der Politik des Nationalsozialismus Vorschriften zu machen wagt, oder über die Undiskutierbarkeit der Vorschläge selbst.«

Welcher Vorschläge? In grauer Vorzeit —

1928 — hat Stapel einmal gewagt der Meinung Ausdruck zu geben, daß man die Juden nicht einfach totschiessen bzw. ins Ghetto sperren solle, sondern daß »die rechte Lösung der Judenfrage allein durch den rechten Takt gefunden werden könne. Das schrieb Stapel 1928 und es hat ihn natürlich nicht gehindert, hinterher den Streicherschen Stürmer-Antisemitismus wacker mitzumachen und — 1931 — zu schreiben, daß nach der »nationalen Revolution« Einstein und andere Juden aufgehängt werden müssen! Ach, die Freude am Judenhängen kann den Stapel nun nicht mehr retten! Rosenberg verlangt den Scalp des Konkurrenten.

»Wir sind großzügig genug, Vergangenes ruhen zu lassen, wenn deutsche Menschen aus innerer Ueberzeugung den Weg zum Führer gefunden haben... Stapel hat bisher seine damaligen Anschauungen nicht widerrufen. Dies mag er für sich als Charakterstärke buchen, er darf sich jedoch nicht wundern, wenn wir daraus Folgerungen ziehen. Und diese Folgerungen sind eindeutig!... Wir möchten Wilhelm Stapel an dieser Stelle dringend nahelegen, auf den Ruhm eines Wissenschaftlers im Staate Adolf Hitlers zu verzichten!«

Nun weiß Stapel also woran er ist. Sogar die Chance von Eber aufgekauft zu werden ist ein für allemal dahin. Stapel muß sich entscheiden, ob er sein vom Bannfluch getroffenes »Deutsches Volkstum« gratis und franko verschwinden lassen oder ob er täglich und stündlich mit der Möglichkeit rechnen will, den von ihm so gehaßten und bekämpften »marxistischen Volkverräter« im Konzentrationslager Gesellschaft zu leisten...

Moral: Du sollst deinen Führer nicht nur lieben, sondern auch fürchten! Und vor allem: Du sollst ihm nicht ins Verlegerhandwerk pfeuschen! K. K.

Die Sklaverei der deutschen Arbeiter

Arbeitsbuch und Arbeitsbuchkartei — ein Jahresbericht der Schande

Nachdem die Arbeitsbuchpflicht in einzelnen Berufen über ein Jahr und allgemein seit 3/4 Jahr in Kraft ist, gibt der Münchener Arbeitsamtsdirektor einen Bericht über die damit gemachten Erfahrungen. In den einleitenden Bemerkungen über den Zweck dieses Gesindebuchs gibt der Verfasser zu, daß es im Dritten Reich freie Arbeiter nicht mehr geben kann.

»Die staatliche Lenkung des Arbeitseinsatzes brachte weitgehende Eingriffe in die Freiheit des Einzelnen bei Verwendung seiner Arbeitskraft... Im Interesse einer nach höheren staatspolitischen Gesichtspunkten ausgerichteten Arbeitseinsatzpolitik mußten vom Einzelnen oft schwerwiegende Opfer gefordert werden.«

Hinsichtlich der »Eingewöhnung an die neue Einrichtung« unterscheidet der Verfasser zwischen Unternehmern und Arbeitern. Man könne feststellen,

»daß die Unternehmerschaft trotz der teilweise recht bedeutsamen Mehrung der Verwaltungsarbeit die eminenten Vorteile des Arbeitsbuches schnell erkannt hat.«

Denn wenn gleich keine anderen als die vorgeschriebenen Eintragungen gemacht werden dürften, so gebe doch das Arbeitsbuch, weit besser als alle Zeugnisse, über die Person des Inhabers Aufschluß. Da neben den Beschäftigungszeiten auch bei mehr als einmonatlicher Arbeitslosigkeit entsprechende Notizen des Arbeitsamtes in das Arbeitsbuch gemacht würden, so verfüge der Arbeitgeber bei Neueinstellung über wertvolle Unterlagen.

Bei den Arbeitern hat der Herr Arbeitsamts-Direktor scheinbar eine gleiche Begeisterung für dieses Arbeitsbuch nicht vorgefunden, er schreibt:

»Demgegenüber hat es freilich schon mancher Arbeitnehmer peinlich empfunden, daß man im Arbeitsbuch auch sehr zwischen den Zeilen lesen kann, daß man z. B. aus Zeitabschnitten, die weder als Beschäftigungsverhältnis noch durch die Zeiten der Arbeitslosigkeit nachgewiesen werden, Schlüsse ziehen kann auf Freiheitsstrafen oder doch auf Zeiten der Untätigkeit.«

Was hier »zwischen den Zeilen« gelesen werden kann, dürfte wohl dem Zweck des »Arbeitsbuches« am meisten entsprechen. Da hat der Verfasser weiter entdeckt:

»Unangenehm wirkt sich für ledige weibliche Arbeitsbuchinhaber u. a. auf Seite 2, Spalte 4, der Eintrag des Familienstandes (ledig, verheiratet usw.) im Zusammenhang mit der darunter stehenden Zahl minderjähriger Kinder aus.«

Mancher Betriebsführer scheue sich nämlich, ein »Mädchen mit einem ledigen Kinde« einzustellen. Trotz der allgemeinen »bejahenden« Haltung zum Arbeitsbuch hätten aber die Arbeitsämter über die Durchführung noch sehr zu klagen. Vor allem würden die Veränderungsanzeigen nicht genügend gemacht. Die Betriebsführer beachteteten zu wenig, daß über jeden Arbeitsbuchpflichtigen eine Arbeitsbuch-Kartei geführt werden muß,

»die beim Umzug aus dem Arbeitsamtsbezirk dem Arbeitsbuchpflichtigen nachwandert. Mit der Führung der Arbeitsbuchkartei verfolgt das Arbeitsamt das berufliche Schicksal des Arbeitsbuchinhabers ständig, auch ohne daß dieser wegen Unterstützung mit dem A.A. in Berührung kommt.«

Bisher hatten die Arbeitsämter mit dem Arbeiter nur zu tun, soweit sie sich um dessen Arbeitsvermittlung oder Unterstützung kümmern mußten. Jetzt dagegen steht jeder Arbeiter, ob beschäftigt oder arbeitslos unter der ständigen Kontrolle. Die Arbeitsämter sind zu einer Arbeitspolizei-Behörde entwickelt worden.

Der Berichterstatter beklagt sich jedoch, daß die Erstattung der Veränderungsanzeigen noch höchst lückenhaft geblieben sei. Die Meldungen blieben sogar hinter den bei den Krankenkassen eingehenden Veränderungsanzeigen zurück.

»Die Zahl der Anzeigen, die das Arbeitsamt erhält, müßte überall bedeutend größer sein, als die Zahl der Anzeigen, die die Krankenkassen im Bezirk erhalten. In Wirklichkeit liegen die Dinge überall umgekehrt...«

Der Registrierapparat scheint also nicht zu funktionieren. Die verschiedenen Anzeigepflichten, die den Betrieben aus der Vierjahresplan-Bürokratie erwachsen, haben sich derart gehäuft, daß einem allzu gewissenhaften Betriebsinhaber neben diesen kriegswirtschaftlichen Pflichten keine Zeit verbleibt, sein Geschäft zu betreiben. Die Unternehmer werden daher nochmals gemahnt, den Arbeitsämtern die Anzeigen zu machen, wie sie

auf Grund der Göring-Verordnungen zur staatlichen Planung des Arbeitseinsatzes unerlässlich sind.

»Für all diese staatlichen Eingriffe beim Arbeitseinsatz bildet das Arbeitsbuch und die für die Fortführung der Arbeitsbuchkartei vorgeschriebenen Veränderungsanzeigen schon heute ein unentbehrliches Hilfsmittel.«

Die Nazis haben inzwischen entdeckt, daß das Arbeitsbuch neben dem Hauptzweck einer Arbeits-Stammrolle auch noch geeignet sein könnte, die Rentenquetscheri in der Sozialversicherung zu erleichtern.

»Ein Wunsch ist allerdings nur unvollkommen erfüllt worden, von dem die ersten Versuche zur Einführung des Arbeitsbuches ausgegangen waren: für die Bekämpfung des Unterstützungsmissbrauches.«

Es wird dazu vorgeschlagen, neben den Beschäftigungsvermerken für die Gelegenheitsarbeiter noch besondere Verdienstscheinungen einzutragen. Zusammenfassend wird alsdann festgestellt, daß sich das Arbeitsbuch »als vorzügliches Mittel bewährt habe, um dem »Vertragsbruch« vorzubeugen. Das Vorrecht des Unternehmers, das Arbeitsbuch seines Gefolgsmannes zu

rückzubehalten, ist zum Kernstück dieser ganzen Einrichtung geworden. Zynisch schreibt der Verfasser:

»Diese mächtige Waffe der Zurückbehaltung des Arbeitsbuches in Ausnahmefällen, die bei landwirtschaftlichen Jahresarbeitsverträgen äußerst einschneidend wirken kann, stellt sicher, daß Arbeiter oder Angestellte nur nach ordnungsgemäßer Lösung des Arbeitsverhältnisses ihren Arbeitsplatz verlassen.«

Diese »mächtige Waffe« der Unternehmer, die bekanntlich nicht nur für die Landwirtschaft sondern für alle Kriegswirtschaftsbetriebe gilt, ist ein technisches Hilfsmittel, um jede Bewegungsfreiheit der Gefolgsleute zu unterbinden. So bestätigt der Bericht über die bisherige Praxis des Arbeitsbuches unsere hier ausgesprochenen Befürchtungen. Arbeitsbuch und Arbeitsbuchkartei sind typisch für das Regime der faschistischen Diktatur. Es duldet nur Knechte — diese Diktatur wird nur so lange eine freie Regierung sein, als es ihr gelingt, das deutsche Volk unfrei zu halten.

Ein Staatsrat von Görings Gnaden!

Der Bischof Berning geht unter die Protestler

In Reih und Glied der deutschen katholischen Kirchenpotentaten, die jetzt nacheinander am Massengrab ihrer eignen »Brückenbau«-Politik auftreten, berechnete aber stark verspätete Proteste gegen ihren Konkordatspartner Hitler vorbringen und im übrigen sich scheuen, in der Gestaltentracht überhaupt noch ihr Haus zu verlassen, um nicht vom braunen Pöbel und Hitlers SS umgriffen und, wie »Marxisten« oder »Rassenschänder«, mit entsprechenden Schildern um den Hals durch die Gassen und Gossen geschleift zu werden, hat sich jetzt auch Herr Berning, seines kanonischen Zeichens Bischof von Osnabrück, beigesellt. Im Mariengnadenort in Rulle bei Osnabrück hat er eine Ansprache an katholische Jungmänner gehalten, die angesichts der modernen Christenverfolgungen der Hitlerschen Gestapo in dem flammenden Ausruf gipfelte: »Zeigt Mut, ihr katholischen Männer!«. So berichten es die katholischen Zeitungen außerhalb Deutschlands. Der Herr Bischof Berning hat dieser seiner Inanspruchnahme des Mutes — anderer noch den Satz hinzugefügt: »Und darum kämpfen wir Bischöfe für die Rechte der Freiheit unserer Kirche...«

Herr Bischof Berning scheint ein Mann zu sein, der — um es ganz gelinde auszudrücken — von seinem Schöpfer ein wenig impulsiv ausgestattet und ausgerüstet worden ist, so daß er unter dem Eindruck des Heute des größeren von Gestern total vergißt und auch damit rechnet, daß es seine Zeitgenossen eben so halten möchten! Denn der Herr Bischof scheint bei dieser seiner Rulle'schen rethorischen Fulminanz völlig des Bewußtseins verlustig gegangen zu sein, daß er ja nicht nur Würdenträger seiner Kirche, sondern mindestens in demselben Maße auch Großmameluk des Dritten Reiches ist — und zwar ganz aus freien Stücken! Vor vier Jahren hat er sich von Herrn Göring in dessen Staatsrat feierlich aufnehmen lassen! Er hat bis heute und bis zu dieser seiner Rulle Gnadenortrede davon allmonatlich tausend Reichsmark eingeheimst, so viel, daß davon sechs kinderreiche Arbeiterfamilien hätten leben können. Als preussischer Staatsrat hat er Konzentrationslager amtlich inspiziert und beispielsweise gar nichts dabei gefunden, dort an Ort und Stelle an einem katholischen Altar von Gott und der dem Kaiser angehörlig geschuldeten Pflicht der totalen Gleichschaltung zu reden, vor dem sein Bruder in Christo, der Jesuitenpater Specker, als malträtiertes, beschimpftes und bespucktes Gefangener stand... Ist der Herr Bischof so kurzen und simplen Gedächtnisses und so unbegrenzt naiver Gemütsverfassung, daß er glaubt, daß die Männer, an deren Tapferkeit er da appelliert, davon schon gar nichts mehr wissen?

Herr Berning hat, wie uns einmal glaubhaft aus katholischem Kreise gesagt wurde, der ob dieser seiner Ernennung zum Göring'schen »Preussischen Staatsrat« einigermaßen bestürzten Kurie in Rom versichert, er könne das durchaus verantworten, weil es gälte, Schlimmeres zu verhüten und mindestens auch die Kirche ein Interesse daran müsse, durch solche Teilnahme an der aktiven Re-

gierung im Dritten Reich einen zuverlässigen Informator aus erster Quelle zu besitzen. Der Preussische Staatsrat war seit seiner Gründung noch weniger zusammen, als sein Pendant, der Deutsche Reichstag, der es in vier Hitler-Jahren noch nicht auf sechs Sitzungen gebracht hat. Die Diäten litten unter dieser famosen autoritären Kurzarbeit zwar ebenso wenig bei den braunen Prominenten, die noch das »M. d. R.« auf ihrer Visitenkarte führen, wie bei den Staatsrättern des Herrn Göring, die meist aus Gauleitern und weniger aus Kirchenlichtern bestehen. Was mag Herr Berning schon für Informationen nach Rom geschickt haben? Wo ist das »Schlimmere«, das dieser Würdenträger auf doppeltem Boden verhindert hätte? Das Kapitel Berning wäre halb so gräßlich, wenn es nicht auch so unendlich komisch wäre! Fragt sich freilich, wie weit der Katholizismus — als eine moralische Macht — von solcher grausigen Humorstica profitiert.

Allen Ernstes geht jetzt durch katholische Kreise außerhalb des Hitlerschen Zugriffes die Version, der preussische Ministerpräsident Göring betreibe den Rausschmiß Bernings aus diesem seinem Staatsrat, weil sich die Voraussetzungen seiner »Berufung« geändert hätten, was ja wohl auch so stimmt. Ob das wahr ist, steht dahin. Göring geriert sich gern mit Seitenblicken auf den an seiner Massenbasis verklammerten »Führer« als Repräsentant der alten Ordnungsmächte in Deutschland; und vielleicht hat er grade deshalb seine eignen Gedanken zu diesem »Kulturkampf«, der Rivalen und intimen Feinden, wie Göbbels, aber auch noch höheren, doch schon das Genick brechen könnte. Es wäre also umgekehrt grade eher möglich, daß Herr Göring den von solchem hohen Seegang bedrohten Staatsrat zu halten versucht; im Hinblick auf Kommendes nämlich... Wichtiger als dies wäre es freilich zu erfahren, was der hochwürdige Herr Staatsrat nun eigentlich selbst zu tun gedenkt! Sollte es genug sein, anderen in punkto Mut Vorhaltungen zu machen? Wo hätte grade Herr Berning den Beweis erbracht, daß »wir Bischöfe für die Rechte der Freiheit der Kirche kämpfen«? Mit anderen Worten: wann endlich wird Herr Berning freiwillig auf seine Tausend-Mark-Diäten verzichten? Wann wird er aufhören, sich als Belastungszeugen gegen die respektgebietende Gestalt eines Kardinal Mundelein von der Göbbelsschen Marktschreierei vorführen zu lassen. Kurzum, wann endlich wird dieser Bischof aufhören, die Hauptfigur einer wilden Posse mitzugeben, die Herr Hitler vor einem Weltpublikum aufführt, das freilich kaum alle einzelnen Rüpelszenen dieser grausamen Posse so recht verstehen mag?

Begabtenauslese

Der »SA-Mann« war taktlos genug zu behaupten, im Dritten Reich komme es allein auf die Befähigung an, und ein begabter Arbeitersohn könne mehr werden als der weniger taugliche Sohn eines Generals oder eines Generaldirektors.

Obgleich diese Behauptung unwahr ist, obgleich das Protektions- und Privilegien-

wesen nie lipziger gefühlt hat als gegenwärtig im Dritten Reich, obgleich ein Arbeiterkind heut mehr denn je die Wege nach oben verbaut findet, sieht sich die »Deutsche Wochenschau« doch genötigt, vorbeugend zu protestieren:

»Der Staat als dauernder Schützer und Betreuer des Erbguts hat ja schließlich kein Interesse daran, daß der Beamte nur bequemer lebt von höherer Besoldung, weil er verheiratet ist! Er hat auch kaum ein bleibendes Interesse daran, daß dieses oder jenes Kind, das sich als begabter erweist, »geförderte« und in sogenannte »höhere« Stellungen gebracht wird, sondern sein bleibendes Interesse gehört eben der Erhaltung des wertvollen Erbgutes! Und zu diesem gehören vor allem auch feinste seelische Eigenschaften, die im brutalen Lebenskampf mit hemmunglosen Elementen, die mit allen Mitteln »nach oben« streben, verlorengehen können.«

Die »Deutsche Wochenschau« hat recht. Nicht »dies oder jenes begabte Kind« darf in einem dem Erb- und Rassenwahnsinn verfallenen Staat nach oben streben. Die Zukunft gehört vielmehr den Bonzenkindern, bei denen edelstes »Erbgut« vorausgesetzt wird. Die Praxis lehrt, daß die Spitzen des Dritten Reiches der gleichen Auffassung sind.

Der Mann mit den 100.000 Ohren

Herr Alfred Rosenberg ist bekanntlich kein Minister, sondern nur ein schlichter brauner Parteibonze. Das hindert ihn jedoch nicht, im Hotel »Adlon« zu Berlin die Auslandsdiplomatie feierlich zu »empfangen«. Auf den letzten dieser Empfänge bekamen die Herren Diplomaten einen Vortrag des Gauleiters Dr. Alfred Meyer (Gau Westfalen-Nord) vorgesetzt. Laut Bericht der »Nationalsozialistischen Monatshefte« erzählte dieser Meyer u. a. das folgende:

»Ich habe hunderttausende Augen, die in meinem Hobeisgebiet nach dem Rechten sehen, hunderttausende Ohren, die am Herzen des Volkes liegen und mir in kürzester Zeit berichten, wo wirtschaftliche Schwierigkeiten entstehen, wo die Lebensmittelpreise ungerecht sind, wo Lebensmittel knapp sind, wo das Volk der Schuh drückt!«

Sieh mal, Herr Meyer ist indiskret! Man erfährt von ihm, daß es in Deutschland wirtschaftliche Schwierigkeiten, ungerechte Preise und Lebensmittelknappheit gibt. Daß seine hunderttausende Ohren und Augen gar nicht der Erforschung dieser Nöte, sondern der Spitzelei und der Meckererjagd dienen, hätte er ebenfalls ruhig ausplaudern dürfen. Die Diplomaten, vor denen er sprach, sind nämlich so wie so im Bilde...

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60). Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50). Bulgarien Lew 8.— (96.—). Danzig Guld. 0.45 (5.40). Deutschland Mk. 0.25 (3.—). Estland E. Kr. 0.22 (2.64). Finnland Fmk. 4.— (48.—). Frankreich Frs. 1.50 (18.—). Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—). Holland Gld. 0.15 (1.80). Italien Lir. 1.10 (13.20). Jugoslawien Din. 4.50 (54.—). Lettland Lat. 0.30 (3.60). Litauen Lit. 0.55 (6.60). Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50). Norwegen Kr. 0.35 (4.20). Oesterreich Sch. 0.40 (4.80). Palästina P. Pf. 0.020 (0.216). Polen Zloty 0.50 (6.—). Portugal Esc. 2.— (24.—). Rumänien Lei 10.— (120.—). Schweden Kr. 0.35 (4.20). Schweiz Frs. 0.30 (3.60). Spanien Pes. 0.70 (8.40). Ungarn Pengö 0.35 (4.20). USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank. Filiale Belgrad. Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.